

Der 'Lübecker Volksbote' erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 14 M., Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achteckige Peltzeile oder deren Raum 3,00 M., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 60.

Sonntag, den 11. März 1922.

29. Jahrgang.

Lloyd George tritt zurück?

Paris, 11. März. (Drahtbericht.)

Aus London wird gemeldet: Chamberlain hat das Rücktrittsgesuch Lloyd Georges in der Tasche. Wenn die irische Bill in den englischen Häusern auf Widerstand stößt, so werde Chamberlain davon Gebrauch machen. Lloyd George sei fest entschlossen, auf der Erfüllung seines Ultimatums an die konservative Partei zu bestehen. Sein Ansehen werde durch die Angriffe des konservativen Einseitigers Sir Younger so sehr untergraben, daß eine Zusammenarbeit mit der konservativen Partei unmöglich geworden sei. Voraussichtlich wird Chamberlain die Nachfolge Lloyd Georges antreten. Sollte Balfour die Beteiligung an einem Kabinett Chamberlain ablehnen, so wird ein rein konservatives Ministerium gebildet.

Dr. L. Sehr klar ist diese erste Meldung nicht. Besonders ist es unverständlich, weshalb Lloyd George seinen Rücktritt im letzten Moment dadurch verzögert, daß er das Gesuch nicht dem Gesamtkabinet und dann dem König unterbreitet, sondern Chamberlain, dem Führer der Konservativen im Unterhaus. Der Abschied von dem Thron des englischen Ersten Ministers, des ungekrönten Herrschers der halben Welt, scheint ihm doch schwer, sehr schwer zu werden; immer noch hält er sich ein kleines Hintertürchen offen.

Im Volksboten vom 6. März stellten wir die Situation dar, in die Lloyd George durch verschiedene taktische Fehler und durch die Entwicklung der englischen Innenpolitik geraten ist. Die konservative Partei rückt von ihm ab, wenigstens in der Provinz; und die Massen seiner liberalen Anhänger marschieren in hellen Haufen nach links, zu den Unabhängigen Liberalen und zur Arbeiterpartei. Jetzt, wo Neuwahlen vor der Tür stehen, konnte ein solcher Zustand dem alten Parteiführer Lloyd George nicht gleich-

gültig sein. Er mußte sich freimachen aus den Fesseln der Koalition, von der die Wähler nichts mehr wissen wollen. Das bekannte Ultimatum an die konservative Unterhausfraktion wegen Younger diente dieser Absicht. Allerdings war es zunächst nur eine Drohung. Aber es mußte Ernst daraus werden. Nur die Frage blieb offen, ob vor oder nach Genua. Und es scheint, als ob Lloyd George gern bis zur Genuaer Konferenz sein Amt behielte, um dann erst zur Opposition überzutreten, zur Einleitung des Wahlkampfes.

Nur aus diesem Wunsche ist die Handlungsweise des englischen Ministerpräsidenten zu verstehen. Er ist zwar zum Rücktritt entschlossen, möchte diesen Rücktritt aber noch um einige Wochen verschieben. Deshalb seine Rücktrittsmittelung an Chamberlain, die in Wirklichkeit ja zunächst nur eine neue verschärfte Drohung an die konservative Partei ist. Und was soll diese machen? Was soll sie an Lloyd Georges Stelle setzen? Ueber eine eigene Mehrheit verfügt sie nicht, vom ersten Tage der Regierungsübernahme an wäre sie von der Gnade Balfours, des liberalen Führers und Freundes Lloyd Georges abhängig.

Zimmerhin haben sich die Verhältnisse jetzt so zugespitzt, daß Lloyd George wahrscheinlich noch vor Genua gehen muß. Chamberlain wird dann wohl ein Kabinett ohne Liberale bilden und Neuwahlen ausschreiben. In diesem Falle würde die internationale Politik für zwei bis drei Monate ruhen. Nach den Neuwahlen könnte dann Lloyd George wiederkommen. Nicht mehr allerdings mit der Unterstützung der Konservativen, sondern mit Hilfe der Arbeiterpartei.

Nach all diesen Erwägungen wäre der endgültige Rücktritt Lloyd Georges ein günstiges Vorzeichen für den Sieg der Vernunft in England.

Das Ergebnis

der Pariser Finanzministerkonferenz.

Paris, 10. März.

Die verbündeten Finanzminister werden vielleicht schon heute abend, spätestens aber morgen mittag ihre Beratungen zu Ende führen. Genau wie am 13. August wird ein

Protokoll

aufgesetzt werden, das die verschiedenen Vereinbarungen aufzählt. Nach dem „Intransigent“ wird dieses Abkommen enthalten:

1. Daß die französische Regierung schon in diesem Jahre ungefähr 300 Millionen Goldmark für die Saargruben auf ihr Schuldkonto durch den Wiederherstellungsausschuß geschrieben bekommen würde.

2. Für die Besatzungskosten wird von nun ab jährlich eine Pauschalsumme von 220 Millionen Goldmark berechnet werden.

3. Die Lieferung der von Deutschland gelieferten Kohlen wird nach dem Vorschlage von Cannes erfolgen, was mit einer Entlastung des französischen Wiederherstellungskontos verbunden ist, die zur Zeit der Konferenz von Cannes bis auf 400 Millionen Goldmark geschätzt wurde.

4. Das Abkommen von Wiesbaden wird angenommen, jedoch mit der Bedingung, daß, was Frankreich über seinen Anteil durch Sachlieferungen von Deutschland mehr erhält, ab 1926 an die Verbündeten Frankreichs zurückzahlen ist.

5. Die Verteilung der von Deutschland im vorigen Jahre gezahlten 1 Milliarde Goldmark erfolgt nach den in Cannes festgelegten Bedingungen. Dieser Betrag zusammen mit demjenigen der voraussetzlichen Barzahlung Deutschlands für 1922 wird als ein Ganzes betrachtet und von dieser Summe erhält England 500 Millionen Goldmark für die englischen Besatzungskosten; Italien 31 Millionen Goldmark und Frankreich 140 Millionen Goldmark. Der Rest geht an die belgische Regierung.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Bestimmungen noch eine kleine Abänderung erfahren werden. Im großen und ganzen aber wird die Konferenz die Bestimmungen von Cannes besiegeln unter Ablehnung der französischen Gegenforderungen.

Die Konferenz der Finanzminister hat sich heute in eingehender Weise mit der Frage einer internationalen Anleihe

beschäftigt. Die Beratungen hierüber glaubt man noch morgen beendigen zu können, um dem Wiederherstellungsausschuß Grundsätze zu übermitteln, nach denen es ihm ermöglicht wird, die erforderlichen Verhandlungen zu einem Abschluß zu führen. Wie man annimmt, handelt es sich nicht nur um eine, sondern um eine ganze Serie von Anleihen, die ermöglicht werden dadurch, daß die verbündeten Regierungen in gewissem Maße erste Hypotheken aufgeben, die sie auf Werte des Deutschen Reiches besitzen.

Ultimatum an Bulgarien.

Belgrad, 10. März.

Die Blätter berichten, daß die Regierungen von Belgrad, Bukarest und Athen an Bulgarien ein Ultimatum richten werden, daß die sofortige Einstellung der Tätigkeit der bulgarischen Banden verlangt. Falls dem Ultimatum nicht entsprochen wird, werden über Bulgarien militärische Sanktionen verhängt werden.

Neue Faszistenunruhen in Italien.

Genua, 10. März.

Auf einer Versammlung kam es zu Kämpfen mit Faszisten, bei denen verschiedene Personen verletzt wurden. Auch aus anderen italienischen Städten werden Unruhen gemeldet. In Triest wurde bei einem nächtlichen Zusammenstoß ein Faszist erschossen, ein anderer schwer verletzt.

Neue Devisenhausse.

Der Rückschlag am Devisenmarkt hat nicht lange angehalten. Bereits am Freitag trat wieder eine beträchtliche Steigerung der Kurse ein. Amlich notierten Kabel New York: 254, London 1107,50, Holland 9610. Auch an der Effektenbörse machten sich wieder bessere Stimmungen geltend. Hierzu haben vor allem die Erläuterungen der Darmstädter Bank und der Essener Bank, wonach die verbreiteten Gerüchte über Devisenverluste unbegründet seien, wesentlich beigetragen. Sogar eine sehr starke Nachfrage nach Bankaktien trat hervor. Man verspricht sich von den bevorstehenden Veröffentlichungen der Bankabschlüsse für das Jahr 1921 glänzende Resultate.

Reichstag.

182. Sitzung.

Freitag, 10. März, nachmittags 2 Uhr.

Die Vorlage zur Änderung des Pensionsergänzungsgesetzes und des Wehrmächtsversorgungsgesetzes geht an einen Ausschuß. Es folgt dann die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes zur Änderung der Vorlage gegen die Kapitalflucht.

Braun-Franken (SD.) betont als Berichterstatter, daß nach dem Ausland Beträge von höchstens 20 000 M. mitgenommen werden dürfen. Die Vorlage soll bis zum 31. Dezember 1922 Geltung haben. Der Gesetzesentwurf wird ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es wird nun die zweite Lesung des

Branntweinmonopols

fortgesetzt. § 1 wird gegen die Stimmen der USV. und der Kommunisten angenommen; ebenso die §§ 2 bis 10. Bei § 11, der die Zulassung des Beirates regelt, verlangt Abg. Puchta (USV.) starke Hinzuziehung von Vertretern der Arbeitnehmer. Der Antrag wird abgelehnt. Zu § 57 können Brennereien, wenn sie vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes als abgefundene Brennereien im Betriebe waren und in einem Betriebsjahre nicht mehr als 3 Hektoliter Weingeist herstellten, abgefunden werden.

Hölein (Komm.) beantragt die Wiederherstellung der Bestimmung in § 92, die einen geringeren Preis bei der Belieferung der Krankenanstalten mit Alkohol vorgehien hatte.

Schulz-Barzen (Z.) bittet, die Ausschußfassung anzunehmen. Der Ausschuß wollte die medizinischen Anstalten zur Mitarbeit erziehen. Der Alkohol sei heute zu allen Zwecken verwandt worden.

Der kommunistische Antrag wird abgelehnt.

Nach § 118 sind aus der Einnahme jährlich 30 Millionen Mark zur Bekämpfung der Trunksucht, der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten zur Verfügung zu stellen; ferner 12 Millionen Mark zur Förderung des Kartoffelbaues und der Kartoffelernte; ferner 16 Millionen zur Ermäßigung der Kosten der Weingeist enthaltenden Heilmittel für die minderbemittelten Volkskreise bis zum 30. September 1929; 4 Millionen Mark zur Schaffung einiger Unterstützungsfonds für Angestellte und Arbeiter des Branntweinergewerbes, und schließlich bis zu 30 Millionen Mark zur Verbilligung des in Färbereien, Kranken- und Versorgungsanstalten verbrauchten Branntweins.

Zu § 118 liegen nun verschiedene Anträge vor. Bei der Abstimmung bestreitet Abg. Hölein (Komm.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Präsident erkennt den Zweifel als berechtigt an und schließt um 3 1/2 Uhr die Sitzung und beraumt eine neue Sitzung auf 4 Uhr an.

In der zweiten Sitzung wird die zweite Lesung der Branntweinmonopolvorlage fortgesetzt. Sämtliche Anträge zu § 118 (Aufwendungen für wirtschaftliche Zwecke) werden abgelehnt. Die Ausschußfassung bleibt bestehen. Übermals bezweifelt Abg. Hölein die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Präsident Dr. Bell bricht die Sitzung ab und beraumt die nächste Sitzung auf 4 1/2 Uhr an.

Auf der Tagesordnung der dritten Sitzung steht die

zweite Lesung des Haushalts des Reichswehrministeriums. Stücken (SD.) berichtet über die Ausschußfassung, die vor allem Bildungsfragen erörterte. Der Ausschuß fordert in einer Entschließung, daß Angehörige der früheren Wehrmacht, besonders Kriegsgefangene, auch jetzt noch die Möglichkeit haben sollen, das Eisener Kreuz zu erhalten. Ein parlamentarischer Beirat für Erziehungs- und Bildungsfragen beim Reichswehrministerium ist in Aussicht genommen worden.

Reichswehrminister Gessler: Die Bedeutung des vorgelegten Etats liegt darin, daß in ihm zum ersten Male die neue Organisation von Heer und Marine nach den Bestimmungen des Friedensvertrages zum Ausdruck kommt. Auf Grund des Ultimatums ist die Heeresverwaltung von der militärischen Verwaltung ausgebaut worden. Man muß aber auch jetzt endlich an den Aufbau der Kontrollkommissionen denken. Der Vorwurf der ehemaligen Feinde, wir gefährdeten durch ein sogenanntes Krumpfsystem den Frieden, ist hinfällig. Mit den Moden Schornhorsts kann ein Revanchekrieg nicht geführt werden. Mit einigen paar hunderttausend Mann, in der Heimlichkeit ausgerüstet, ist nichts zu machen. In diesen Tagen ist eine Bestimmung unserer Artillerieausbildung angegriffen worden. Diese Bestimmung bringt aber nur zum Ausdruck, was der Reichstag wünscht, nämlich, daß die Artillerie nicht für die Parade, sondern für einen wirklichen Zweck ausgebildet werden soll. Im Ausschuß habe ich betont, daß das Heer keine versatzungsmäßige Pflicht tun wird. (Hört, hört! bei den Komm.) Ich sage das nicht ohne Grund. Im Gegenfatz zu den Freikorps, die sich immer wieder in die Partitäten der Regierung einmischten und der Regierung Schwierigkeiten machten, steht das Heer solchen Einmischungen fern. Für die Führer übernehme ich jede Garantie. Zwischenfälle kommen natürlich vor. Sie sind unvermeidlich. In allen schweren Fällen würde ich die Verabschiedung der betreffenden Vorhaben. Da die Militärkriegergerichtsbarkeit aufgehoben ist, kann erst nach Erledigung des bürgerlichen Gerichtsweges disziplinarisch eingeschritten werden. Ich bedauere die Langsamkeit des Gerichtshofes. Soldatenmishandlungen werden sich nie ganz vermeiden lassen. Sie sind zu meist eine Folge des Alkoholmißbrauchs. Wenn Sport erwarde ich Gutes für das Verhältnis zwischen Offizier und Mannschaft. Das Eisener Kreuz ist eine preußische Auszeichnung. Ueber seine Verleihung hat die preussische Regierung zu bestimmen. Trotz der Schwierigkeiten, die in der Marine bestehen, haben unsere Kreuzer schon Gelegenheit gehabt, im rigaischen Meerbusen ein Vieles

... mit der einzigen... zu vordringen. Mannschaft und Offiziere haben sich dabei mitvoll betrogen und sie wurden von der ganzen Bevölkerung mit großem Jubel begrüßt. Zum Schluß gebe ich dem Könige Ausdruck, daß unserm Heer eine gute stille Entwicklung beschieden sein möge, und eine feste Brücke zwischen Volk und Heer errichte. Diese Brücke soll uns die allgemeine Wehrpflicht ersetzen. (Beifall.) Das Haus vertagt sich auf Dienstag 2 Uhr: Anfragen, Weiterberatung. — Schluß 6 Uhr.

Hermes Finanzminister.

SPD. Berlin, 10. März. (Drahtmeldung.)

Die endgültige Ernennung des bisherigen Reichsernährungsministers Hermes zum Reichsfinanzminister hat in parlamentarischen Kreisen eine große Verwunderung hervorgerufen. Allgemein herrschte am Freitag in der Wandelhalle des Reichstages die Auffassung vor, daß ein Mann, gegen den in den letzten Tagen schwere Beschuldigungen erhoben wurden, nicht zum Reichsfinanzminister hätte ernannt werden dürfen, bevor die Vorwürfe der Bestechung restlos erledigt wären. Zweifellos ist diese Auffassung nicht unberechtigt. Nur die Vermutung, daß die Zentrumspartei, die über den Fall Hermes doch genau unterrichtet sein muß, die Ernennung nicht zugelassen hätte, wenn sie die Vorwürfe für so schwerwiegend betrachtet, wie sie in der Öffentlichkeit hingestellt werden, spricht gegen sie. Aber sei das, wie es sei. Jedenfalls: Herr Hermes, dem durch die Ernennung zum Reichsfinanzminister das Vertrauen der Regierung ausgesprochen wurde, ist jetzt verpflichtet, vor aller Öffentlichkeit zu erklären, wie sich die Angelegenheit mit den „Weinflaschen“ verhält, bevor das Gericht feststellt, was Wahres an dem Vorwurf ist. Das deutsche Volk und die Fraktionen des Reichstages haben ein Recht darauf, zu erfahren, ob die Vorwürfe der Bestechung gegen einen Reichsminister berechtigt sind oder nicht.

Mit der Ernennung Dr. Hermes zum Reichsfinanzminister taucht naturgemäß die Frage auf, wer soll Reichsernährungsminister werden? Es werden Namen genannt, die auf leerer Vermutung beruhen. Die Sozialdemokratie hat keinen Anlaß, sich um angebliche Ministerkandidaten zu kümmern, da sie nach wie vor die Auffassung vertritt, daß das Reichsernährungsministerium unter den vorliegenden Verhältnissen überflüssig ist und man mit seinem Abbau beginnen kann.

Die unabhängige Reichstagsfraktion hat am Freitag folgenden Schreiben an den Reichskanzler gerichtet:

Der Vorstand der Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands hat sich mit den gegen den Reichsernährungsminister Dr. Hermes in der Presse erhobenen Vorwürfen beschäftigt. Er hat sich davon überzeugt:

1. Daß Herr Dr. Hermes im April 1920 187 Flaschen edle Weine im Gesamtwerte von 8450 Mk. bezogen und dafür am 23. Juni 1920 600 Mk. bezahlt hat. Beweis: Rechnung des Triester Weingärtnerverbandes L-G. vom 27. April 1920 an den Herrn Reichsernährungsminister Dr. Hermes, Berlin-Schöneberg.

2. Daß Herr Dr. Hermes in einer Ressortbesprechung am 18. Dezember 1920 eine besondere Zuweisung von Zucker an den Weingärtnerverband für Mosel, Saar und Ruwer angeordnet hat. Dies ist geschehen, obwohl der Vertreter der Reichszuckerstelle darauf hinwies, daß nach dem vorliegenden Bericht eine Sonderzuweisung von Zucker nicht notwendig sei. Ferner ist von dem Minister angeordnet, daß die Zuweisung im Gegensatz zur bisherigen Regelung nicht durch Preußen vorgenommen werden soll. Die Zuckerzuweisung wurde dann auf 4000 Doppelzentner festgesetzt. Beweis: Bericht aus dieser Ressortbesprechung vom 20. Dezember 1920, IV—III 3626, sowie Niederschrift über die Besprechung, in der die Menge festgelegt wurde, vom 21. Dezember 1920.

3. Daß Herr Hermes im Februar 1921 erneut Weine ähnlicher Qualität, diesmal 110 Flaschen, zum Preise von 3 Mk. vom Weingärtnerverband für Mosel, Saar und Ruwer bezogen hat. Beweis: Brief des Weingärtnerverbandes vom 10. Februar 1921 an Herrn Regierungsrat Kette, Ministerialbüro, Moritzstr. 11—12. Der Vorstand der Reichstagsfraktion der Unabhängigen Partei unterbreitet diese Tatsachen dem Herrn Reichskanzler und erwartet eine baldige Stellungnahme der Reichsregierung.

Der Fall Hermes.

In der Meldung, daß der Reichsminister Hermes gegen die „Freiheit“ die Verleumdungsflagge angehängt hat, erklärt diese, daß sie im Prozeß den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen anzutreten gedenke. Ueber das von der „Freiheit“ veröffentlichte Schriftstück, das die Liste der vom Weingärtnerverein an Hermes gelieferten Weine enthält, gibt das W.B. — offenbar halbamtlich — folgende Erklärung an die Presse:

In Verbindung mit den Behauptungen über Bezug von Wein zu Bestechungsspreisen durch den Minister Dr. Hermes, bezwegen der Minister Verleumdungsflagge angehängt hat, ist ein Brief des Weingärtnerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer in Triest, abgedruckt worden, der adressiert ist: Herrn Regierungsrat Jaffe, Berlin W. 8, Mohrenstr. 11/12, Ministerbüro. Wie wir hören, liegt hier ein Schreibfehler vor. Gemeint war Herr Regierungsrat Kette, der im Ministerbüro tätig war, während ein höherer Beamter namens Jaffe als Ministeriat des Referat für die besetzten Gebiete hatte.

Da die Meldung des W.B. einen nebenfälligen Schreibfehler richtigstellt, so muß daraus geschlossen werden, daß das Schriftstück als solches für echt anerkannt wird. Andernfalls wäre eine solche Richtigstellung ohne Sinn. Die Meldung des W.B. läßt keinen anderen Schluß zu, als daß tatsächlich ein Schreiben des Weingärtnervereins existiert, in dem die Ueberlieferung eines größeren Postens Flaschenwein für 3 Mark die Flasche zugunsten des Herrn Hermes angezeigt wird, nur daß dieses Schriftstück infolge eines Schreibfehlers an eine falsche Adresse gerichtet ist.

Wie wir gestern mitteilen, soll die angebliche Gegenleistung des Herrn Hermes darin bestanden haben, daß er dem Weingärtnerverein für Mosel, Saar und Ruwer eine Sonderzuweisung von 8000 Zentnern Zucker erteilt habe, die andere Weingärtnervereine nicht erhielten. Diese Behauptung mag jetzt eine Anzahl Korrespondenten, die häufig übereinstimmende detaillierte Angaben über „Dena“ demselben auf das Protokoll zweier Sitzungen, die am 20. und 21. Dezember 1920 in Sachen der Zuckerzuweisung stattgefunden haben. Ueber den Inhalt des Protokolls behauptet die „Dena“:

In diesen Sitzungen lag ein Gesuch des Weingärtnerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer vor um Zuweisung eines größeren Zuckerkontingents zur Weinifizierung. Die Reichszuckerstelle hatte sich gegen eine solche Zuweisung ausgesprochen. Minister Hermes ergriff persönlich in der Sitzung das Wort und setzte sich für die Zuweisung ein. Es gelang ihm in dieser Sitzung, prinzipiell die Zuteilung eines besonderen Zuckerkontingents an den Weingärtnerverband durchzusetzen, während für die übrigen Verbände eine solche Zuteilung nicht bewilligt wurde. In der nächsten Sitzung am 21. Dezember 1920 wurde dann die betreffende Zuckermenge auf 8000 Zentner festgelegt. Da die Zuckerzuweisung im allgemeinen nur mit Bewilligung der Länder erfolgen konnte, hatte Herr Hermes den Versuch gemacht, die Länder dabei einfach zu übergehen, ein Versuch, der aber mißlang. Deshalb setzte sich der Minister in diesem besonderen Falle über die übliche Praxis hinweg und erteilte die Zuckerzuweisung direkt vom Reichsernährungsministerium aus, ohne der preussischen Regierung davon Kenntnis zu geben.

Dazu schreibt der „Vorwärts“:

„Da hier ausdrücklich auf amtliche Protokolle verwiesen wird, so müßte sich u. E. ja sehr schnell feststellen lassen, ob die Akten wirklich derartige Vorgänge ergeben. Eine solche Feststellung würde nicht unwesentlich zur Klärung des Sachverhalts beitragen und erscheint auch um deswillen dringend geboten, als — ganz unabhängig von der einstweilen offen zu lassenden Frage des inneren Zusammenhangs dieser Vorgänge mit der Weinifizierung — behauptet wird, daß der Minister Hermes sich über das Recht des Bundesstaates Preußen hinweggesetzt und auch sonst seinen persönlichen Standpunkt ziemlich eigenmächtig zur Durchführung gebracht habe. Zur Klärung wenigstens dieser Punkte brauchte nicht erst ein gerichtliches Verfahren abgewartet zu werden.“

Eine Geheimdenkschrift des Reichskanzlers Dr. Wirth.

Paris, 11. März.

Die „Chicago Tribune“ brachte gestern die Nachricht, daß der Konferenz von Cannes eine geheime Denkschrift des Reichskanzlers Dr. Wirth vorgelegt worden sei, die sich mit der deutschen Finanzlage und den Reparationen beschäftigt. Bezüglich der Reparationen betonte darin der Reichskanzler, daß Deutschland wegen der ständigen Entwertung der Mark nicht mehr weiter in Goldmark zahlen könne. Es sei nicht die Schuld Deutschlands, daß der Marksturz eingetreten sei. Es sei notwendig, Deutschland von der Reparationszahlung für eine gewisse Zeit, namentlich für das Jahr 1922 zu befreien. Die in Cannes Deutschland auferlegten Leistungen müßten in billiger und gleichmäßiger Weise auf die 12 Monate des Jahres 1922 verteilt werden, die Kosten für die Besatzungstruppen beträchtlich vermindert und in diese Zahlungen einbezogen werden. Wenn man von Deutschland alle 14 Tage Zahlungen in ausländischen Devisen fordere, so würde es verhindert, daß es jemals seine Finanzen in Ordnung bringt. Deutschland sei nur imstande, seine Reparationszahlungen ordnungsgemäß zu leisten, wenn keine innere und auswärtige Lage durch große Finanzreform verbessert werde. Deshalb sei die Gewährung einer großen internationalen Anleihe für Deutschland dringend notwendig.

Neue kriegerische Vorbereitungen gegen Rußland.

Prag, 10. März.

Zu den alarmierenden Nachrichten des Pariser Journals und des italienischen Quotidiano, daß sich kriegerische Aktionen von Rußland über gegen Rußland vorbereiten, wird aus der Umgebung des Prager Vertreters einer westlichen Großmacht gemeldet, daß in letzter Zeit große Transporte von Militärgut Donau abwärts schwimmen. Das Militärgut soll aus österreichischen Kriegesbeständen stammen, die vor Kurzem von einer Macht aufgefressen worden sind. Der gut unterrichtete Prager „Berkov“ macht heute unter Wiedergabe verschiedener Meldungen über bevorstehende Aktionen an der russischen Grenze auf den ganzen Ernst der Situation aufmerksam und meint, die Folgen einer neuen Expedition im Osten wären für Europa unabsehbar. In der Prager russischen Kolonie, die täglich Zuwachs erhält, wird der Aufenthalt Wrangels in Südrußland lebhaft kommentiert.

Amerikas Bedingungen zur Teilnahme am europäischen Wiederaufbau.

III. Paris, 11. März.

Im „Petit Parisien“ schreibt der frühere Chefredakteur der „Newspaper Tribune“ Simonds, der sich zurzeit auf einer Studienreise durch Europa befindet, u. a.: Die Widerstände gegen die Konferenz von Genua haben die Wirkung gehabt, die Beteiligung Amerikas am Wiederaufbau Europas noch weiter hinauszuschieben. Alles, was die Regierung Amerikas angeblich tun kann, ist die Zulassung nationaler Anleihen auf dem amerikanischen Geldmarkt. An eine Annulierung der Schulden ist bei der herrschenden Stimmung der Volksmassen nicht zu denken. Wenn die Regierung von Washington nicht in Genua vertreten ist, müssen diese Probleme beiseite gelegt werden, sonst beginnt sein Kabinett Selbstmord. Der Glaube an die unnützen Ausgaben Europas ist zu tief in das amerikanische Volksempfinden eingewurzelt, als daß in der gegenwärtigen Krise des Wirtschaftens an einen Erlaß der Schulden gedacht werden kann. Das Gelingen der Konferenz von Genua wäre das beste Propagandamittel hierfür. Erst wenn Amerika sieht, daß Europa ernste Anstrengungen macht, sich selbst zu helfen, wäre es zur Hilfe bereit.

Die A. C. stellt eines späteren Eingreifens Amerikas.

III. Washington, 10. März.

In einer Enklave des Staatsdepartements, in der die Wirkung der Teilnahme an der Konferenz von Genua ausführlich berichtet wird, heißt es u. a.: Amerika wird einen einer in Europa abzuwartenden Posten damit beauftragen, entweder als Berichterstatter nach Genua zu gehen, oder das gesamte Material aus den Verhandlungen in Genua dem Kabinett in Washington zu übermitteln. Es gilt als nicht ausgeschlossen, daß

Amerika zu einem späteren Zeitpunkt in irgendeiner Form in die Verhandlungen eingreift, daß jedoch nur, wenn die Voraussetzungen zur Genuakonferenz eine grundlegende Aenderung erfahren werden. In diesem Falle wird aus Amerika-Diplomaten in Europa eine provisorische Delegation gebildet werden, die durch das Personal der europäischen Botschaften ergänzt werden wird. Eine Europareise von Hughes gilt jedoch auch alsdann für ziemlich ausgeschlossen.

Frankreichs Schulden und Deutschland.

Der frühere Minister im Kabinett Briand für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete, der Großindustrielle Pouchet, erklärte vor kurzem in einer Rede: Es ist überhaupt nicht daran zu denken, daß Frankreich auch nur einen Pfennig von seinen Schulden an Amerika bezahlen wird. Amerika hat alles Gold der Welt aufgesaugt, Waren will es nicht in Empfang nehmen, wie soll man da zahlen? fragt er.

Die englische Zeitschrift „Nation“ knüpft daran folgende Bemerkungen: „Pouchet sagte es nicht, meinte aber sicher, daß es mit Frankreichs Schuld an England sich genau so verhalte. Wenn aber Frankreich, dessen Währung immerhin noch die Hälfte des Vorkriegswertes besitzt, das neue und wertvolle Gebiet mit Eisen, Kali und Kohle sich angegliedert hat, dessen überseeische Verbindungen unverletzt geblieben sind, und darüber hinaus noch von Deutschland Entschädigung erhält, seine Schulden nicht zu begleichen vermag, wie kann man da vernünftigerweise annehmen, daß Deutschland und Rußland ihre gesamten Schulden begleichen können? Der grausame Gläubiger, welcher selbst ein schlechter Schuldner ist, bietet nicht nur ein moralisches Bild, er verhöhnt auch gegen den gesunden Menschenverstand.“

England und Indien.

Schwere Versäumnisse.

Die nationalistische Bewegung greift in Indien immer weiter um sich. Die Inder nehmen für sich das Selbstbestimmungsrecht in Anspruch, das England während des Krieges allen Völkern versprochen hat. Die indische Volksbewegung ist den Engländern deswegen so außerordentlich gefährlich, weil sie einen fanatischen religiösen Einschlag hat; an ihrer Spitze steht der in ganz Indien als Heiliger verehrte Ghandi Montagu, der Staatssekretär von Indien — das riesige Land wird von London aus regiert — wollte die steigende Erregung durch Gewährung weiterer Freiheiten beschwichtigen. Aber die indische Frage hat so weitverzweigte Wurzeln, daß mit sogenannten Reformen nur wenig zu erzielen sein wird. Der mohammedanische Teil der Bevölkerung ist erbittert über die Aufteilung der Türkei; verlangt die Aufhebung des Vertrages von Sevres.

So kommt eins zum andern; die Sorgen Englands werden größer und größer. Ägypten, dann Indien und schließlich Südafrika. Aber England fühlt sich noch stark. Es zeigt Indien die Faust. Der genannte liberale und reformfreundliche Staatssekretär Montagu mußte zurücktreten; und auch in Indien selbst beginnt man zuzugreifen, wie folgendes Telegramm zeigt:

London, 10. März.

Reuter meldet aus Delhi: Wie verlautet, steht Ghandis Verhaftung unmittelbar bevor.

Neuer Konflikt zwischen Beamten und Regierung.

SPD. Berlin, 10. März. (Drahtbericht.)

Am Freitag vormittag begannen im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Spitzenorganisationen über die Neuordnung der Beamtenbesoldung. Die Besprechungen wurden bis zum Abend konsequent durchgeführt. Vorschlag stand gegen Vorschlag, so daß die Regierungsvertreter sich veranlaßt sahen, Einzelbesprechungen vorzuschlagen. Die erwartete Antwort der Regierungsvertreter auf die Vorschläge der Gewerkschaften, die gegen Abend erfolger sollte, blieb jedoch aus. Statt dessen nahm ein Vertreter des Reichsverkehrsministers an der Anwesenheit des Eisenbahnsekretärs Menne für die Reichsgewerkschaft Anstoß und verlangte durch den Beamtenbund dessen Abberufung. Menne verließ deshalb vorläufig freiwillig den Sitzungssaal, bis die Gewerkschaften zu dem Verlangen der Regierungsvertreter Stellung genommen hätten. Die Gewerkschaften beschloßen, daß Menne auch weiterhin an den Verhandlungen teilnehmen solle, da man sich nicht entschließen wollte, wer von den Gewerkschaften an den Verhandlungen teilnehmen. Da die Regierungsvertreter wiederholt erklärten, daß sie nicht verhandeln könnten und auf diesem Standpunkt trotz des Beschlusses der Gewerkschaften bestanden, wurde die Besprechung abgebrochen. Ein neuer Verhandlungstermin ist noch nicht angesetzt worden.

Aenderung der Angestelltenversicherung.

Berlin, 10. März.

Der Sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich am 9. März mit dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte. Die Aussprache bewegte sich auf der von den Referenten geschaffenen Grundlage. Die Arbeitnehmer fordern die Beilegung der Doppelversicherung im Bereiche der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung. Die Höchstgrenze des Versicherungsbeitrages soll ebenfalls befristet werden, wie die Höchstgrenze bei der Angestelltenversicherung. Eine Ausnahme soll höchstens zugelassen werden bei Angestellten in leitender Stellung mit mindestens 60 000 Mark Jahresgehalt. Dem Verlangen nach weitestgehender Selbstverwaltung soll Rechnung getragen werden durch die Beauftragung des Verwaltungsrats mit der geschäftlichen Beaufsichtigung der Reichsversicherungsanstalt und ihrer bedeutungsvolleren Betriebsmaßnahmen. Außerdem durch Wahl mindestens der leitenden Funktionäre durch den Verwaltungsrat. Eine Zulassungsanleihe der Reichsversicherungsanstalt der Angestelltenversicherung mit der Spruchbehörde der Invalidenversicherung wird als unerwünscht betrachtet und die Gleichstellung der Invalidenversicherung mit der Angestelltenversicherung in den Leistungen als unmöglich angesehen. — Die Arbeitnehmer fordern, daß der Kreis der Versicherungsanstalt in Bezug auf die Anwartschaften erweitert wird. Die Versicherungsanstalt soll auf 50 000 Mark heraufgehoben werden. Bei allen Aenderungen des Versicherungsgesetzes für Angestellte ist Rücksicht zu nehmen auf die Grundzüge der Sparanstalt. — Ein niedrigstzulassender Ausschuß wurde eingesetzt, um sich mit der Materie zu beschäftigen.

Amerika und der Wiederaufbau.

Nach dem wochenlangen Wirrwarr widersprechender Meinungen liegt jetzt die amtliche Ablehnung der Vereinigten Staaten auf die Einladung zur Konferenz nach Genua vor. Die Vereinigten Staaten versprechen sich von der Erörterung der allerdings brennenden Frage des Wiederaufbaues der Weltwirtschaft keinen Erfolg, solange Europa die Augen künstlich vor der Wirklichkeit schließt. Bei seinen Verbündeten hat Frankreich durchgesetzt, daß die geltenden Friedensverträge, die deutsche Reparationspflicht und die Stärke der Landrüstung in Genua nicht zur Debatte gestellt werden sollen. England hat hingegen erreicht, daß man Sowjetrußland ohne allzu umständliche Garantien zuläßt. All dies hat die Vereinigten Staaten abgelehnt, ihre Vertreter nach Genua zu schicken.

Der Wiederaufbau Europas ist ohne die Hilfe der Vereinigten Staaten nicht durchführbar. Gerade die Siegerstaaten sind durch den Weltkrieg Amerika gegenüber tief in Schulden geraten und bedürfen, um sich zu erholen, mindestens einer recht langen Stundung. Amerika wird bei der Neuordnung der Weltwirtschaft der reiche Mann, der gebende Teil sein. Aber gerade dies gibt ihm die Stärke, Bedingungen zu stellen. Die Vereinigten Staaten wollen sich nicht zu hohem Geschwätz hergeben, wollen nicht Sanierungsaktionen einleiten, die zu einem vollen Ergebnis garnicht führen können. Sie verlangen Wahrheit und Klarheit. Soll Europa gesunden, müssen zunächst gesunde Geldverhältnisse zurückkehren, das Defizit in den Haushalten aller Staaten muß überwunden werden. Dazu ist in allen Staaten eine wesentliche Herabsetzung der Staatsausgaben, insbesondere der Rüstungsausgaben notwendig. Für Deutschland besonders muß die Last der Kriegsschuld auf das erträgliche Maß herabgesetzt werden. Will man in diesem Geiste die Wiederherstellung des Gleichgewichts in der Weltwirtschaft erörtern, dann will Amerika helfen, vorher nicht.

Dabei werden sich wahrscheinlich die Vereinigten Staaten klar darüber sein, daß auch für sie die Wiederherstellung einer festen Ordnung in Europa eine Lebensbedingung ist. Der Durchschnittpolitiker mag den Zusammenhang zwischen der schweren amerikanischen Krise und dem europäischen Wirtschaftselend verkennen, der erfahrene Volkswirtschaftler wird sich darüber nicht täuschen. Die Absatzstörung in Amerika, namentlich in Getreide und Baumwolle schreit nach dem europäischen Abnehmer, wie dieser nach dem amerikanischen Rohstoff hungert.

Das Problem Rußland wird freilich eine glatte Lösung der Weltwirtschaftsfragen vorläufig ausschließen. Wir teilen die Auffassung der Vereinigten Staaten, daß unter dem Schreckensregiment der Bolschewiki an einem Wiederaufbau der russischen Wirtschaft überhaupt nicht zu denken ist. Aber für die Schaffung einer anderen russischen Regierung fehlen gegenwärtig alle Voraussetzungen; es sei denn, man zwänge eine Regierung von außen her dem Lande mit Gewalt auf, was ebenso grundsätzlich abzulehnen wäre, wie es praktisch tölpelhaft und gefährlich wäre. So furchtbar diese Erkenntnis gerade für Deutschland ist — man wird sich vorläufig damit begnügen müssen, die Welt außerhalb Rußlands wieder wirtschaftlich gesund zu machen und abzuwarten, wie im nahen Osten die Entwicklung weiterläuft. Ob man dabei die bolschewistischen Machthaber in Genua hat oder nicht, tut wenig zur Sache.

Die amerikanische Antwort macht durch die Klauen und Winkelzüge der Bojwaristischen Siegerpolitik einen dicken Strich. Im Anschluß an Rathenaus jüngste Rede hat die französische Presse deutlich zu erkennen gegeben, daß auch sie ihre ganze Hoffnung auf Amerikas Hilfe setzt. Frankreich wird sich darüber klar werden müssen, ob und wann es die Bedingungen dieser Hilfe erfüllen will. Erst wenn es dazu bereit ist, wird der Wiederaufbau Europas ernsthaft beginnen. Bis dahin heißt es für Deutschland, nur Zeit zu gewinnen.

Kapitalistische Reklame der KPD.

Das Mitteilungsblatt der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (Herausgeber Ernst Däumig und Adolf Hoffmann) macht in seiner neuesten Nummer über die Geschäftspraktiken der KPD, die den Herausgebern doch hinreichend bekannt sein müssen, folgende Bemerkungen: Es war vor dem Krieg eine Stärke der Arbeiterbewegung, daß die in der Organisation und der Taktik enthaltenen Schwächen und Mängel bei den Auseinandersetzungen mit rücksichtsloser Offenheit bloßgelegt wurden. Dadurch allein war es möglich, Klarheit zu schaffen und das Vertrauen der noch fernstehenden Arbeiter zu gewinnen.

In der kommunistischen Partei ist die alte Methode der kapitalistischen Reklame zum ersten Male in der Arbeiterbewegung zur Anwendung gekommen. Wie der Geschäftsmann, der vor dem Konkurs steht, bemüht ist, der Kundenschaft solide Verhältnisse vorzutäuschen, genau so machen es gegenwärtig die Redakteure und Sekretäre der Partei. Trotzdem man auf einem Trümmerhaufen steht, flunkert man der staunenden Welt ohne große Gewissenssträube eine gute, im Wachstum begriffene Organisation vor.

An einer anderen Stelle des Blattes wird in bezug auf die maskierten Kommunisten das hübsche Bild von den „politischen Schaupferden“ geprägt. Daß es auch noch auf andere ganz gut passen könnte, dieser Gedanke scheint den Herausgebern nicht gekommen zu sein.

Gerechtlicher Mörderchuh.

200 Mark Geldstrafe für Aufforderung zum Morde. Wir lesen im amtlichen Preussischen Pressedienst: Der Schriftleiter des „Spandauer Tageblattes“ und des mit diesem durch Sogemeinschaft verbundenen „Völkischen Tageblatts“, Günther Lehmann in Berlin-Friedenau, ist wegen des vor einiger Zeit erschienenen Artikels: „Aufs Schafot!“ das zweite Opfer: Sello von Gerlach“ von der Strafkammer beim Landgericht 2 wegen Vergehens gegen § 111 Abs. 2 des Reichsstrafgesetzbuchs zu einer Geldstrafe von 200 Mark, im Nichtbeachtungsfalle zu 8 Tagen Gefängnis, verurteilt worden.

Dieses Urteil stellt wieder einmal einen Tiefpunkt unserer heutigen Justiz dar. Es ist das genaue Seitenstück zu der Verurteilung des Herrn Lebius, der zweimal in nachlässigster Weise zur Ermordung verschiedener Pazifisten aufgefordert hatte und von einer Berliner Strafkammer eine 1000 Mk. Geldstrafe zubilligt erhielt.

In Spandau ist man noch billiger. Da kostet die Aufforderung zum Morde gar nur 200 Mk. in Papier, was bei dem jetzigen Geldwert etwa 5 Mk. alter Währung entspricht. Dafür zum Morde aufzureizen zu dürfen, ist allerdings ein billiges Vergnügen, so daß dies Urteil wohl nur die Wirkung haben kann, zur Nachfrage aufzureizen.

Die Sache ist aber durchaus nicht harmlos. Unsere Zeit ist mit politischen Mordtaten von reaktionärer Seite gesättigt. Die Lebius, Lehmann usw., die in ihren Blättern fortwährend zum Morde aufzureizen, sind die intellektuellen Urheber dieser Taten. Wenn die Justiz sie mit lächerlich kleinen Geldstrafen belegt, so macht sie sich immer wieder zur Mitschuldigen des politischen Mordes.

Die Berufsrichter klagen fortwährend, daß ihre Unabsehbarkeit von links her bedroht sei. Niemand bedroht die Unabsehbarkeit des Richters schwerer als Richter der Spandauer Art, die nicht die sittliche Kraft aufbringen, das Leben auch ihres politischen Gegners zu schützen.

Bischöfliche Hehe gegen die Arbeiterjugend.

Der Fasten-Hirtenbrief der deutsch-österreichischen Bischöfe, der sich mit aller Schärfe gegen die sozialistische Jugend- und Wanderbewegung „Naturfreunde“ richtete, hat eine unerhörte Gewalttat in Tirol zur Folge gehabt. Eine Gruppe parteigenösslicher Kinder wurde auf einer Wanderschaft von halbwichsigen Burschen mit Steinen beworfen. Auch die begleitenden Genossen wurden mißhandelt. Zu diesem Vorfall schreibt die sozialistische „Innsbrucker Volkszeitung“: Niemand mehr aus der Arbeiterklasse unseres Landes wird es ruhig hinnehmen, daß seine Kinder von verwehrten, clerikal erzeugten und von Klerikalen ausgehenden Begelagerern planmäßig gefährdet und mißhandelt werden.

Ein Verleumder auf der Kanzel.

Die Strafkammer Asterburg verurteilte den Pfarrer Christoleit in Raghorn wegen Beleidigung des Reichspräsidenten und Züwiderhandlung gegen den Kanzlerparagrafen (§ 130 RStGB.) zu zwei Monaten Gefängnis. Christoleit hatte unter Mißbrauch seines Amtes von der Kanzel Beleidigungen gegen den Reichspräsidenten ausgesprochen und insbesondere Verleumdungen über dessen Privatleben verbreitet. Der Reichspräsident hatte sich als Nebenkläger dem Verfahren angeschlossen und sich durch den früheren Minister Rechtsanwalt Heine vertreten lassen.

Französische Postkontrolle in Mainz.

Mainz, 10. März. Die französische Befehlsbehörde hat in Mainz überraschenderweise die Postüberwachung erneut eingeführt und Kontrollstellen auf den Postämtern 1 und 2 eingeleitet.

Geldlotterie der Sowjetrepublik.

Moskau, 9. März. Die Verwaltung des Moskauer Gouvernements organisierte zusammen mit der Kommission zur Hilfe der Hungernden eine Geldlotterie, die erste in der Sowjetrepublik. Es werden eine Million Lose zu je 100 000 Rubel verkauft werden. Der Hauptgewinn beträgt eine Milliarde. Im ganzen sind 2284 Gewinne mit der Gesamtsumme von 7 500 000 000 Rubel vorgesehen.

Ein norwegisch-russisches Handelsgeschäft.

Stockholm, 9. März. Der Sowjetvertreter in Christiana hat in Norwegen ein Abkommen über die Lieferung von 400 000 Fuhren Hering und 20 000 Tonnen rotem Fleisch abgeschlossen. Es handelt sich dabei um ein Geschäft im Betrage von 20 Millionen norwegischer Kronen. Der norwegische Staat übernimmt die Kreditgarantie für drei Raten oder rund 10 Millionen Kronen. Das Abkommen muß noch vom Storting genehmigt werden.

Neues Kabinett in Spanien.

Das Kabinett Maura wurde dieser Tage gestürzt. Jetzt ist ein neues Ministerium gebildet worden, an dessen Spitze Samuhers Guerra steht, der der gemäßigten konservativen Richtung angehört.

Geschlichtete Verhandlungen in der englischen Metallindustrie.

London, 9. März. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Metallindustrie, die die Vermeidung der Aussperrung am 11. März bezweckten, sind endgültig geschlichtet.

Die Brotverkäufer.

Schon in der Aussprache über die Aufhebung der Zwangswirtschaft hat die Sozialdemokratie im Reichstag darauf hingewiesen, daß der Erfolg dieser Maßnahme eine schnelle Annäherung der Getreidepreise an den Weltmarktpreis sein wird. Heute sind wir bereits so weit, ja die Getreidepreise hätten den Weltmarktpreis schon überstiegen, wenn die Markt in den letzten Tagen nicht erheblich im Auslande an Wert eingebüßt hätte. Weizen, der unter der Zwangswirtschaft mit 85 Mk. pro Zentner bezahlt wurde, ist auf 550 Mark gefallen, und der Roggen, der 75 Mk. kostete, steht mit fast 500 Mark pro Zentner im Preise. Die in einem Jahre eingetretene Steigerung beträgt also rund das Achtfache. Zahlreiche Landwirte und Händler rechnen mit einem weiteren Steigen, desgleichen mit einer weiteren Verschlechterung der Baluta; denn dafür spricht die Tatsache, daß das Getreide der neuen Ernte schon jetzt aufgekauft und mit Preisen bezahlt wird, die um 300 bis 500 Mark pro Zentner höher stehen. Geht die Entwicklung so weiter, so ist damit zu rechnen, daß das Bierbrot im neuen Erntejahre annähernd 50 Mk. kostet.

Eine derartige Steigerung des Brotpreises würde Millionen deutscher Invaliden-, Alters-, Unfall- und Kriegrentner dem Verhungern näherbringen, zahlreiche Arbeiter, Angestellte und Beamte tiefer ins Elend sinken lassen. Hierüber aber machen sich die Agrarier keine Gedanken. Sie denken nicht an den Ruin der Volkstraft, wissen nur, daß auf dem Rohstoffmarkt eine große Nachfrage vorhanden ist, dem ein kleineres Angebot gegenübersteht, und daß Deutschland keine Geldmittel hat, um das überflüssige Getreide in Amerika und Australien zu kaufen. Sie nutzen also ihre Monopolstellung aus, unbekümmert, ob die Alten verhungern, ob die Jungen vorzeitig sterben werden, und zahlreiche rachitische Kinder geboren werden.

Was kann getan werden, um dieser gefährlichen Entwicklung Einhalt zu gebieten? Das ist die bange Frage, die bald den Reichstag beschäftigen muß.

Es können die geschlossenen Kaufverträge auf die kommende Ernte durch Verordnung und Gelehe für ungültig erklärt werden. Das hat aber dann nur die gewollte Wirkung, wenn zugleich ein Höchstpreis festgesetzt wird. Aber auch mit Höchstpreisen auf Getreide ist nichts zu erreichen, denn der Landwirt ist dadurch nicht gezwungen, seine Vorräte zu verkaufen, und er würde es, wie wir ihn kennen, nicht tun. Große Mengen würden dann wieder in den Kanälen des Schleichhandels verschwinden, und noch größere Massen von Getreide würden dann durch die Viehmägen gejagt. Es müßte also die Zwangswirtschaft für Getreide, Kartoffeln und Vieh wieder eingeführt werden. So angenehm auch die Erinnerungen an die Preise während der Zeit der Zwangswirtschaft waren: einen neuen Apparat für eine neue Zwangswirtschaft jetzt wieder aufzubauen, erscheint uns unmöglich. Auch darüber sollte man sich nicht hinwegtäuschen, daß die Widerstände gegen die Einführung der Zwangswirtschaft ungemein groß, ja kaum überwindlich sind.

Daher bleiben noch unserer Auffassung nur zwei Wege, die eingeschlagen werden können. Der erste ist: das Umlagegeld, das wir mit Mühe und Not erhalten haben, von 2 1/2 Millionen nicht nur beizubehalten, sondern es auf 4 1/2 Millionen zu erhöhen. Das ist eine durchaus berechtigte Forderung, denn wenn ungünstige Witterungsverhältnisse eintreten, darf in Rücksicht darauf, daß Düngung und Ackerbestellung besser vorgenommen wurden, als bisher, der Ernteausfall im neuen Erntejahr nicht beträchtlich das Ergebnis des letzten übersteigen. Beträgt aber das Ernteergebnis 18 bis 19 Millionen Tonnen, so können ohne weiteres 4 1/2 Millionen Tonnen als Umlagegetreide zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Wir sind uns klar darüber, daß die Landwirtschaft diese Forderung mit der Behauptung abwehren will, daß sie dadurch inrecht zu beträchtlichen Mehrleistungen herangezogen wird. Unsere Forderung ist aber schon deswegen berechtigt, weil die Landwirte nicht im entferntesten Veranlassung nehmen, Weltmarktlöhne zu zahlen, und weil sie für Schmieb und Stellmacher, für Vieh und Düngemittel ebenfalls Weltmarktpreise nicht zu zahlen haben. Wir verkennen durchaus nicht, daß die Betriebsunkosten der Landwirtschaft ebenfalls beträchtlich gestiegen sind; aber sie sind nicht in dem Maße gestiegen, daß Weltmarktpreise für Getreide berechtigt wären. Es kann daher auch mit guten Gründen gesagt werden, daß durch eine erhöhte Umlage von einem besonderen Opfer der Landwirtschaft nicht die Rede sein kann.

Damit ist aber noch nicht der notwendige Bedarf an Getreide gedeckt und deshalb muß die Regierung allen Ernstes versuchen, im Auslande einen langfristigen Kredit zu erhalten. Die fehlenden Mengen dürften auch bei erhöhtem Ernteergebnis mindestens noch 2 Millionen Tonnen an Roggen und Weizen betragen. Gelingt es, einen langfristigen Kredit zu bekommen und eine allmähliche Stabilisierung des Marktkurses herbeizuführen, so, daß der Inlandpreis auch des freien Getreides ganz wesentlich gedrückt würde, dann wäre damit die Monopolstellung der deutschen Landwirtschaft erledigt.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung wäre von erheblicher Tragweite, noch größer aber wäre die innerpolitische, denn es ist eine alte Erscheinung, daß gerade eine Brotpreis-erhöhung die Unzufriedenheit am meisten im Volke auslöst. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird es als ihre Aufgabe betrachten müssen, die Regierung auf den vorgenannten Weg zu bringen, damit die Volkstraft nicht gelähmt und nicht neue Unzufriedenheit ausgelöst werden.

Volkswirtschaft.

Viehmärkte.

Hamburg, 10. März. Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird uns mitgeteilt:

Schweinemarkt. Preis für 100 Pfund Lebendgewicht

beste, schwere, reine Ware über 250 Pfund	2350—2400 Mk.
mittelschwere Ware, über 220 Pfund	2200—2300
gute, leichte Ware von 180 bis 220 Pfund	2100—2200
geringere Ware	1800—2000
beste Sauen	2200—2300
geringere Sauen	1800—2100

Marktzufuhr: 4200 Schweine. Der Handel verlief reg.

Devisen-Kurse.

Berlin, 11. März.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	10. März.	9. März.
Amsterdam	100 fl.	9600.85
Büffel (Antwerpen)	100 Frs.	2182.85
Kristiania	100 Kr.	4605.85
Kopenhagen	100 Kr.	5334.85
Stockholm	100 Kr.	6628.85
Helsingfors	100 Finn. Mk.	515.45
Rom	100 Lire	1286.20
London	1 £	1106.85
New York	1 Doll.	258.74
Paris	100 Frs.	2272.70
Zürich	100 Frs.	4935.05
Madrid	100 Pesetas	5976.00
Wien	100 K.	8.48
Budapest	100 K.	81.96
Prag	100 K.	417.55

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Gegler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit	Lage	Stb.
Angelkommen am 10. März.							
D	Frieda	Johannien	Burglaaten				
Angelkommen am 11. März.							
D	Westküsten	Larsson	Malmö		16		
D	Nissan	Sarison			16		
D	Soledermind	Beiersen	Korör		2		
E	Capella	Samann	Odenle		6		

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Sebert für Freistaat Lübeck und Heilbrunn Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften Luauk Schulz; für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meiser & Co., familiär in Lübeck.



PREISWERTE FRÜHJAHR- KLEIDER

- „Else“
Kleid a. dunkelblauem
Wollstoff, mit Gürtel,
offen u. geschl. z. tragen 350. Mk.
- „Frieda“
Kleid aus reinwollenem
Cheviot, mit farbiger
Stick., Gürtel, Schnalle 395. Mk.
- „Anna“
Kleid aus Kammgarn-
Cheviot, mit Stickerei
und Faltenrock..... 790. Mk.
- „Erna“
Kleid aus Wolltrikot,
mit farbiger Woll-
stickerei..... 895. Mk.
- „Thea“
Kleid aus Kammgarn-
Cheviot, mit Stickerei
und plissiertem Rock
offen und geschlossen zu tragen. 1175. Mk.



Rudolph Karstadt

Aktiengesellschaft

UT
Lichtspiele
Faschbauten 17/19.

Morgen (Sonntag) beginnt
per mit neuen Ideen und uner-
hörten Sensationen vollge-
sprungte, original-amerikanische
Groß-Sensationsfilm

6 Teile! Das große 6 Akte!

Radium- Geheimnis.

Die schönste Frau und der stärkste
Mann Amerikas

Eileen Sedwick — Bob Reeves
spielen die Hauptrollen.

Eileen Sedwick, die Königin der
Episodenfilme, überrascht die
Welt mit ihrem Wagemut und
ihrer Schönheit zusammen mit
dem fährlichen Mann Bob Reeves.
Schönheit, Talent, Unergründlich-
keit, Sensation, Dramatik, Hu-
mor, Schmitz, Spannung, Regie-
kunst, kurz alles ist in diesem
größten und besten Episodenfilm
enthalten. (14258)

Außerdem der selten schöne
Esther-Carena-Film

Die Schuldige.

! Dazu 2 glänzende Spielfilme!

Luisenlust.
Morgen Sonntag:
Letztes
Gr. Bockbierfest
Eintritt und Sauc frei.

Jeden Sonntag
u. Donnerstag (14195)

Adlershorst. Ball

Lübeckisches Sinfonie- u.
Stadttheater-Orchester.

Dienstag, d. 14. März, 7 1/2 Uhr:

Gr. volkstüml. Konzert

(Lübeckischer Komponistenabend)
im Gewerkschaftshaus.

Dirigenten:
Professor **Andreas Holmeyer**,
Konzertmeister **Milhes** und
Konzertmeister **Becschewitz**.

Solisten:
Konzertmeister **Paul Krüger**, Violine,
Katharina Seidel-Krüger, Harfe.

Eintritt 3,50 Mk.

Vorverkaufsstellen: Gewerkschafts-
haus, Konsumverein, Basson, Beckerg. 49.

Dieses Konzert gibt dem Hörer die sel-
tene Gelegenheit, nur Lübeckische Ton-
setzer zu hören. Ernstes und Heiteres,
Klassisches und echt Volkstümliches ge-
schickt zusammengestellt bietet das Pro-
gramm. (14249)

Geschäftseröffnung.

Unsere Freunde und Gärten hierdurch
die ergebene Mitteilung, daß ich nach Reno-
vierung meines kürzlich erworbenen Lokals

„Spaßvogel“

Café und Restaurant
Dankwartigrube 13

am Donnerstag, dem 16. d. Mts. eröffnen
werbe. Gleichzeitig findet ein humoristisches
Bockbierfest statt. Bei Stimmung ist
bestens Sorge getragen. **Paul Sivert.**
(14255)

Stadthallen- Lichtspiele.

Vom 10.—16. März 1922.

„Das Rätsel der Sphinx“

Schauspiel in 6 Akten (14245)
mit Ellen Richter.

„Der Sträfling von Cayenne“

Zweifilm in 6 Akten.

„Wenn Du die Engel pfeifen hörst“

Trickfilm in 1 Akt.

Konzerthaus Flora

Sonntag: **Großer Ball**
(14152) Anfang 5 Uhr.

Friedrichshof

Morgen: (14244)
Großer Ball.

Lübecker
Lichtspielgemeinde.

5. Bilder- bühnenabend

Donnerstag, d. 16. März
7 Uhr
in der Stadthalle.

Die Stagerak- Schlacht.

Stiefelfilm: (14240)

Der Fuhrmann des Todes.

Nachmittags 4 Uhr:
Jugendvorstellung
Die Skagerak-Schlacht.
Karten b. Nagel a. Markt.

Lindenhof
Israelsdori.

Am Sonntag: (14198)
Vornehme Ballmusik.
Anfang 4 Uhr nachm.
3. d. Weiden fr. Gint.
Tel. 1910. Victor Klampau.

**Zentral-Verband
der Zimmerer.**
Bezirk Lübeck.

Außerordentliche
Mitgliederversammlung
am Dienstag, dem 14. März
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Beschlüßfassung über
lokale Unterstützung der
streikenden Mitglieder
von der Glenderwerft.

In dieser Versamm-
lung müssen sämtliche
Platzbelegierte erschei-
nen (14230)
Der Vorstand.

Friedrich-
Franz-
Halle.

Neben Sonntag: (14197)

Tanz.

Anf. 4 Uhr. Eintritt frei
Sonabend, d. 18. März:
Großer Ball

Trocadero
Schlüsselbuden 4.
Tel. 787. (14268)

T ä g l i c h
die beliebten
**Weberus-
Konzerte.**

Hansatheater.
Geute.

Sonabend u. Sonntag
7 1/2 Uhr:
Eritaufführung
Prinzessin Ojala.
Operette in 3 Akten von
Jean Gilbert. (14202)

Montag 7 1/2 Uhr:
Geschlossene Vorstell.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Prinzessin Ojala.

Stadttheater Lübeck
Sonab., 11. März, 7.30
Letztes Gaitspiel von
Eva-Alcie Cron
Die Ballerina des
Königs.
14. Vorst. i. Sonab. 26.
Sonntag, 12. März, 2.15
8. Fremden-Vorstell.
Die Fledermaus.
7.30 Uhr: **Tosca.**
Montag, 13. März, 7.11
5. Vorst. f. d. Arbeit-
gemeinschaft Deutscher
Hände: Die verjäh-
rte Glocke.
Zu dieser Vorstellung
sind nur wenige Kar-
ten an der Theater-
kasse zu haben. (14225)

Dienstag, 14. März, 7.11
Die verjäherte Glocke
29. Ab. Vorst. 8.30 A.

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 11. März.

Zur Vereinigungsbewegung von Stadt und Provinz Lübeck.

Von oldenburgischer Seite machte sich in letzter Zeit eine Bewegung geltend, die die Provinz Lübeck in der gänzlich ungewöhnlichen Vereinigung mit dem Mutterlande erhalten will. Alle Hebel werden in Bewegung gesetzt, um diese Vereinigung, die den wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistungen der deutschen Volksgemeinschaft entgegensteht, zu erhalten.

So wird jetzt der Staatshaushaltsplan für die Provinz Lübeck für das Jahr 1922 veröffentlicht. Er weist sogar einen Ueberschuß auf. Anscheinend stehen die Finanzen der Provinz in dieser Zeit, in der die meisten Staaten schwere finanzielle Sorgen haben, glänzend da. Es muß jedoch ergänzend gesagt werden, daß der Staatshaushalt der Provinz nur deshalb so glänzend ist, weil alle Ausgaben, die sonst den Staaten finanzielle Sorgen bereiten, auf den Kommunalverband und die Gemeinden abgewälzt sind.

Kommunalverband und Gemeinden haben jedoch in der Provinz die allerhöchsten finanziellen Sorgen, das muß ergänzend zum Staatshaushaltsplan gesagt werden.

In Cutin hat sich ein Ausschuß gebildet, der die Provinz bei Oldenburg erhalten will; mit sachlichen Gründen wird er wohl kaum wirken können, denn die sind nicht vorhanden. Immerhin ist bei einer geschickten Regie einiges zu erwarten. Es wird sich empfehlen, einige Ministerreisen mit Vorträgen durch die Provinz zu veranstalten. Kein Mensch würde sich wundern, wenn bei der heutigen Sachlage sich der Landtag in Oldenburg, zu dem die Provinz nur vier Vertreter schickt, des weit entferntesten Landesteils erinnerte und angeteilt käme. Bei diesen Gelegenheiten treten dann die Vorteile klar hervor, die die dauernde Anwesenheit von Regierung und Landtag im Lande mit sich bringen würden.

Auch die nächste Reise, auch die schönste Rede, auch das beste Verprechen von Seiten reisender Regierungs- und Landtagsvertreter ersetzen einem Lande nicht die dauernde räumliche Trennung von seiner obersten Behörde und obersten Volksvertretung. Stadt und Provinz Lübeck bilden ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, darum ist es nur zweckmäßig und wünschenswert, daß sie auch ein einheitliches Verwaltungsgebiet bilden.

Zur Vereinigungsfrage des Fürstentums Rastenburg.

Vor den Toren der Freien und Hansestadt Lübeck liegt das Fürstentum Rastenburg, in dem zurzeit starke Volksströmungen vorhanden sind, die auf eine Loslösung des Fürstentums Rastenburg vom Mutterlande Mecklenburg-Strelitz hindeuten. Die Anzuehrlichkeit mit den obrigkeitlichen Maßnahmen ist täglich im Wachsen begriffen. Im Fürstentum Rastenburg befindet sich der Bauer noch in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zu dem Staat. Dieses besteht in der Hauptsache in den sogenannten Grundlasten und Sand- und Spanndiensten. Im ganzen Deutschen Reich ist dies das einzige Land, in dem diese aus dem Mittelalter herrührende Einrichtung noch nicht aufgehoben ist. Die Bevölkerung ist sich noch nicht klar darüber, mit welchem Bundesstaat sie sich vereinigen will.

Da Lübeck mit dem Fürstentum Rastenburg ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bildet — der Landmann sowie der Kaufmann sehen ihre Produkte in Lübeck ab und kaufen sich ihre Waren in Lübeck, — der Arbeiter findet in Lübecks Industrie Arbeit, — taucht auch für Lübeck die Frage auf, wie es sich zur Vereinigung stellt. Es kann nur gesagt werden, daß Lübeck ein großes Interesse daran hat, daß in seinem Nachbargebiet der Handel wie

die Landwirtschaft blühen. Deshalb wird das erste sein, wofür Lübeck eintritt, daß im Fürstentum Rastenburg der freie Bauer auf freier Scholle sitzt. Das bedeutet die kostenlose Annahmierung sämtlicher Grundlasten und die kostenlose Aufhebung sämtlicher Pflichten und Rechte, die sich daraus ergeben. Eine Ablösung der Grundlasten kommt erst in zweiter Linie in Frage, falls sich Schwierigkeiten bei der staatlichen Auseinandersetzung mit Mecklenburg-Strelitz ergeben sollten. Die Loslösung der Landwirtschaft aus den ihr zurzeit auferlegten Pflichten ist die wichtigste Aufgabe, die Lübeck bei einer Vereinigung mit dem Fürstentum Rastenburg vor sich sehen würde. Daneben käme eine großartige Organisationsin Betrach, die den Arbeitern aus dem Fürstentum Rastenburg den Anspruch auf Lübecks Arbeitsmarkt auch rechtlich zugänglich macht.

Deutsch-Völkisches.

Der Volksbote verlag.

Einen Prediger des Rassenhasses hatte sich der Deutsch-Völkische Schutz- und Trutzbund in der Person des Dr. Hoffmann-Kutschke aus Halle vertrieben. Man scheint darin den rechten Mann gefunden zu haben, denn nach dem Amtsblatt gebärdete sich der Redner als ausgezeichnetster Kenner des jüdischen Volkes seit Vorseiten. Das will schon etwas heißen, wenn man die „wissenschaftlichen“ Belege eines Dr. Hoffmann im Vergleich stellt. Dazu kommt noch, daß sich selbst die „Lib. Anz.“ vor die Unmöglichkeit gestellt sehen, das quellenmäßige Material zu verdauen.

Von der urältesten Geschichte des Judentums an brachte er Beispiele auf, zog er Parallelen auf Parallelen zu den heutigen Zuständen in der Welt, immer unter Zugrundelegung des Leitfahes: „Die Rassenfrage — der Schlüssel zur Weltgeschichte“. Aus keinem Geschichtsbuch heraus sei ihm die Beobachtung erwachsen, daß jede Regierung, die eine gesunde Rassenpflege fördere und ihr Volk von Rassenvermischungen freihalte, ihr Volk zur Blüte emporgeführt habe. Mit der Vermischung der Rasse aber sei sofort ein Niedergang eingetreten.

Nach einem anderen bürgerlichen Pressebericht wandte sich der Halleche Doktor auch mit großer Schärfe gegen die Geistlichen wegen deren Auslegung der Bibelstellen. Das Amtsblatt, das politisch in der Deutsch-Völkischen auf dem Zufusse steht und in der Auslegung germanischer Geschichtswissenschaft einen schönen Stiefel vertragen kann, schließt seinen Bericht mit folgendem Stoßseufzer:

„Der Vortrag war nach Ton und Inhalt so scharf antisemitisch, daß man es bedauern muß, daß so reiches wissenschaftliches Material nicht in sachlicheren Ausführungen verarbeitet ist. Ein solcher an Judenhege erinnernder oder zum mindesten doch von unüberlegten Hitzköpfen leicht als solcher aufgefaßter Vortrag schadet unseres Völkchens der völkischen Sache mehr als er ihr nützt.“

Da auch die sonst in allem Tratsch so redseligen L. A. N. über den Vortrag kurz angebunden sind und ebenfalls behaupten, der Vortrag sei in der schärfsten antisemitischen Tonart gehalten gewesen und dürfte in der Sache des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes durch seine Makellosigkeit eher geschätzt als genützt haben, so scheint man es mit einer Kundgebung zu tun gehabt zu haben, die die letzten Seelenströmungen deutsch-völkischer Herosraten in ihrer ganzen Kammerlichkeit enthielten. Die „Lib. Anz.“ brüden sich so wie immer recht behäufert aus. Und am Ende dazu. Einmal war nach dem Blatt der Vortrag nach Ton und Inhalt scharf antisemitisch, und im Folgesch erinnerte er nur an Judenhege oder konnte von überlegten Hitzköpfen leicht als solche aufgefaßt werden.

Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: den Mut des Referenten oder der bürgerlichen Presse.

So grenzenlos dreift die Deutsch-Völkischen gegen Judentum und insbesondere gegen die Sozialdemokratie vorzugehen, so feinsinnig

sind die Herrschaften, wenn man ihnen ihr verheerendes Gebaren unter die Nase reibt. Wir waren gerade beim Schreiben der obigen Zeilen, als uns der Gerichtsvolkzieher eine Klage wegen Beleidigung des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes überreichte. Am 1. November brachten wir einen Artikel über die Schöffengerichtsverhandlung Prof. Dr. Hofmeister gegen Prof. Dr. Rosenthal, und knüpften daran einige Bemerkungen. Der Hauptgeschäftsführer des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes, Alfred Roth in Hamburg, fühlt sich beleidigt und stellt gegen den Redakteur Hermann Bauer Strafantrag wegen folgender Stelle:

„Die Jungens sind Mitglieder des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes, der verlogensten und frechsten Vereinigung Deutschlands, die zu ihren unfairsten Maulhelden den bekannten Warteholz zählt.“

Genau am Tage der Verjährung stempelt das Amtsgericht Lübeck die Klage ab. Der Beleidigte hat also lange Zeit zur Ueberlegung gebraucht, um einen Sozialdemokraten anzuklagen. Denn am 28. November ist ihm bereits der am 1. November geschriebene Artikel zu Gesicht gekommen. Die Deutsch-Völkischen versuchen ja gern, sich vor Gericht ihre Unschuld befechtigen zu lassen, wie die neuere Zeit, in der sie Oberwasser vermuten, beweist. Wir sehen dem Ausgang des Prozesses mit der größten Gleichgültigkeit entgegen.

Eine Konferenz des fünften Bezirks des deutschen Arbeiter-Sängerbundes fand am letzten Sonntag im hiesigen Gewerkschaftshaus statt. Von dem 18 Vereine umfassenden Bezirk waren 13 Vereine durch 22 Delegierte vertreten. Die Mitgliederzahl beträgt 841 Sänger und in vier Frauenchören 230 Sängerinnen. Neu aufgenommen wurden die Vereine Schönberg, Reinfeld und Wansdorf. Sechs Vereine werden von Lehrern, vier von Musikern, zwei von Kapellmeistern und ein Verein von einem Volkssekretär dirigiert. Die Arbeiter-Sängerzeitung wird vorwiegend vom Chorverein Lübeck gehalten, was den Vorsitzenden veranlaßte, die anwesenden Vertreter zu ersuchen, für größere Verbreitung der Zeitung zu wirken. Die Kasse des Bezirks weist eine Einnahme von 2649,40 Mk. und eine Ausgabe von 1821,85 Mk. auf. Beschlössen wurde, in jedem Jahre ein Bezirks-Konzert zu veranstalten. Ferner soll der Jahresbeitrag anstatt 20 Pf. 60 Pf. betragen. Abgelehnt wurde der Antrag, nach welchem sich der Bezirksvorstand aus Mitgliedern des Bezirksvorortes und der Vereine der näheren Umgebung zusammensetzen sollte, und zwar der hohen Kosten wegen. Ferner: der Gauvorstand soll beauftragt werden, bei den zuständigen Landesbehörden dahin zu wirken, daß die Gefangenen von der Vermögens- und Umsatzsteuer befreit werden. Desgleichen ein Antrag Schluß und Jadenburg, der verlangt, daß die Arbeiter-Gesangvereine sich dem Arbeiterpostverein anschließen müßten. Zum Bezirksdirigenten wurde Lehrer Hauschild-Lübeck gewählt. Von der Abhaltung eines Gau-Sängerfestes, welches in diesem Jahre in Lübeck stattfinden sollte, mußte der hohen Kosten wegen Abstand genommen werden. Mit einem Appell an die Delegierten zur regen Agitation in Arbeiterkreisen wurden die Verhandlungen geschlossen. Zufchriften sind zu richten an den Vorsitzenden E. Rose, Jakobstraße 1. Geldsendungen an den Kassierer H. Helmke, Hüßstraße 50.

Jugendherbergen. Vor einigen Tagen tagte der Ausschuß für Jugendherbergen. Aus dem Jahresbericht, den Herr Dr. Schomburg gab, ist zu entnehmen, daß im Frühjahr 1920 die Mädchenherberge von der Domschule nach der St.-Lorenz-Mittelschule verlegt wurde. Im Mai 1921 wurde im Jugendheim an der Dornbreite eine neue Jugendherberge mit 15 Lagern hergerichtet, sodas jetzt vier Herbergen in Betrieb sind. Im Jahre 1920 haben darin 1983, im verflorenen Jahre 5679 und seit 1912 zusammen 13 587 jugendliche Wanderer übernachtet. Die Zahl der Herbergen in der Nordmark beträgt schon 150 mit 70 000 Uebernachtungen im letzten Jahre, gegen 30 000 im Jahre 1920. Im Reich bestehen schon 1100 Herbergen mit 200 000 Uebernachtungen im Jahre 1920. — Wie überall im Reich, so ist auch hier allmählich die Bedeutung des Jugendherbergwesens von Behörden, Schulen und Firmen anerkannt worden, und eine ganze Reihe von grö-

Ludwig und Annemarie.

Erzählung aus dem Nies von Melchior Mey.

6. Fortsetzung.

Annemarie sah ihn dankbar an und schwieg. Dann sagte sie: „Ist dein Vater wirklich so stolz, wie die Leute sagen? Verzweifelt mir diese Frage!“ — „Mein Vater weiß, was er ist“, antwortete Ludwig, „und läßt sich nichts nehmen. Aber er ist ein braver und geschickter Mann, und gibt auch andern ihre Ehre. Meine Mutter ist gut und hält alles auf mich.“

Das Mädchen schüttelte den Kopf. Wie verliebte Herzen einmal alles fürchten, dann wieder alles hoffen, so war es ihr die letzten Tage her nicht ganz unmöglich vorgekommen, daß sie doch noch Ludwigs Frau werden könnte. Sie hielt etwas auf sich und glaubte, um ihreswillen könnte wohl eine Ausnahme von der Regel gemacht werden. Aber nun wurde durch das Bild des Angerbauers, dessen Stolz der Sohn zugeben mußte, ihre Hoffnung wieder sehr erschüttert. Sie schloß die Augen und sagte mit leiser Stimme: „Ich fürchte mich vor deinem Vater, Ludwig, und sehe nicht, was aus uns beiden werden soll!“

Ludwig, der durch die feuchten Augen in das Herz des Mädchens sah, wurde gerührt, Liebe und Großmut tobten in ihm auf. Er legte wie schlüpfend den Arm um sie und sagte mit dem herzlichsten Tone: „Mach' dir das Herz nicht schwer, Annemarie! Ich hab' dir gesagt, daß du mir die Pflichten auf der Welt bist, und ich hab' dir's noch einmal. Vertrau' auf mich und sorg' nicht! Was ich mir ernstlich vornehme, das seh' ich auch durch — darauf verlaß dich!“ — „Ich vertraue dir“, sagte Annemarie, „denn sonst hätte ich das auch nicht für dich getan. In meinem Leben bin ich noch mit keinem ledigen Burschen zusammengekommen. Aber dich hab' ich so lieb, daß ich dir muß, was dich freut — ich kann mir nicht anders helfen!“ — Entzückt über dieses Geständnis, sah Ludwig das schöne Mädchen an; Tränen traten in seine Augen; sie mit seinen Armen umschlingend, rief er aus: „O du Liebes, liebes Mädchen! — in meinem Leben laß ich dich nicht!“

Dieser innige Ausruf weckte ein seltsames Gefühl in dem Herzen Annemaries, so gleichzeitig warf er aber Schreden in ein anderes. Diejenige, für welche diese Worte am wertigsten bestimmt waren — die Mutter Ludwigs, hatte sie vernommen, klar und deutlich vernommen.

Die Angerbauerin war im obern Dorf auf Besuch gewesen und hatte sich verspätet, indem sie zwar zur rechten Zeit in der Stunde Abchied genommen, aber auf der Haustreppe mit der Freundin von neuem und erst recht wieder ins Gespräch gekommen war. Da der Fußweg am schnellsten nach Hause führte, so schlug sie diesen ein. Als sie an der Hecke des Bädertgartens hinhinwandte, ein leises Reden vernahm, horchte sie, und das Ohr der Mutter erkannte gar bald die Stimme des Sohnes. Die letzten Worte, die zwischen die Leidenschaft den Ton vorstüßig zu dämpfen versag-

und von denen ihr letzte Silbe entging, klangen ihr alles. Sie erschrak heftig und gitterte an allen Gliedern. Hatte sie doch soeben nach der Freundin berichtet, daß an dem Geschwäg wegen der Annemarie gar nichts sei und ihr Ludwig bald Kirchbauer sein werde. Sie glaubte vor Scham und Verdruß in die Erde sinken zu müssen. Da sie nicht mit sich einig werden konnte, was sie tun sollte, und im Garten Stille eingetreten war, ging sie weiter. Der Schreden in ihrem Herzen machte dem Jörn Platz. Sie so schändlich anzuführen, zu dem Mädchen zu gehen wider ihr ausdrückliches Verbot, und ihr so gottvergeßene Dinge zu sagen! Bevor sie noch in ihren Hof trat, war ihr Entschluß gefaßt. Sie schwieg still und ließ sich nichts anmerken, weder vor dem Vater noch vor dem Sohne, der nicht lange nach ihr heimkam.

Den andern Morgen, als der Angerbauer eben das Haus verlassen hatte und Ludwig ihm folgen wollte, sagte die Mutter, sie habe noch etwas mit ihm zu reden. Sie führte ihn ins Kanzlei zurück und sagte, gerade auf das Ziel losgehend: „Du bist gestern Abend bei der Annemarie gewesen!“ — Darauf war Ludwig nicht gefaßt. Er verlor etwas die Farbe und stammelte: „Wie soll ich!“ — Aber die Mutter fiel ihm in die Rede: „Leugn' es nicht, ich hab' mit meinen eigenen Ohren gehört, was du ihr gesagt hast!“ — Und indem sie ihm mit bekümmertem Blick ansah, fuhr sie fort: „Es bist also kein Reden an dir, du willst dich mit Gewalt ins Geheiß bringen — und ein unerfahrenes Mädchen durchaus unglücklich machen!“

Bei diesem Vorwurf sammelte sich der Betroffene wieder. Er erwiderte: „Wer sagt das? Ich hab's ganz anders mit ihr im Sinn!“ — „Wie soll ich das verstehen?“ — „Wem ich sie nun heiraten wollte?“ — Die Mutter, auf eine solche Rede gefaßt, zuckte die Achseln und sagte: „Du bist nicht geschickt!“ — Ludwig aber verlegte mit Ernst: „Ich weiß es, mit keiner würd' ich so glücklich leben wie mit der Annemarie. Gerade die gefällt mir, und sonst keine andere!“

Die Augen der Angerbauerin funkelten. „Wie!“ rief sie aus, „das unterstest du dich mir zu sagen — du, der du mit der Eva so gut wie verprochen bist?“ — „Daron weiß ich nichts“, sagte Ludwig. — „So, davon weißt du nichts? — Nun merk' auf, was ich dir sag': wenn du vor diesen dummen Gedanken vor deinem Vater nur ein Wörtchen merken läßt, so bring' er dich um! Das ist der Rechte, sich von einem Kind so etwas gefallen zu lassen!“

Der Sohn erkannte das Gewicht dieser Worte und schwieg. Dann sagte er in traurigem Ton: „Ich hätte gedacht, du zum wenigsten würdest nicht so hart gegen mich sein und dich meiner annehmen gegen ihn.“ — „So“, rief die Mutter, „auf mich hast du dich verlassen? Du kennst mich also noch nicht, wie es scheint. Ich hab' dir's jetzt ein für allemal: nie werd' ich zu einer solchen Heirat meine Einwilligung geben! Ich will nicht, daß mein Sohn durch keinen Unverstand sich unglücklich macht und der ganzen Freundschaft einen Schimpf antut! Wer da

nicht von diesem Augenblick an das Kessieren mit dem Mädchen aufgibt, sag' ich's deinem Vater und du wirst sehen, was dann geschieht!“ — So, jetzt kennst du meine Meinung und kannst dich danach richten!“ — Nach diesen Worten verließ sie die Stube, indem sie die Tür um ein Gutes unsanfter zumachte als gewöhnlich.

Es ist eine bekannte Sache, daß der Widerstand, den wir auf dem Wege zu einem erkohnten Ziele erfahren, unsern Eifer und Mut, dahin zu gelangen, oft nur steigert. Zuweilen bewirkt er aber das Gegenteil: er führt zu einer Erwägung, in der uns das Ziel als ein unerreichbares erscheint, so daß wir uns, wenn auch mit schwerem Herzen, zum Rückgang entschließen.

Die menschliche Seele ist ein eigen Ding. Namentlich sind die weichen für die Einwirkungen des Entgegengehenden empfänglich, und wenn sie eine Zeitlang sich ausschließlich nach einer Seite gewendet haben, so werden sie dadurch nur um so offener gegen die andere. Dies sollte nun auch Ludwig erfahren. So ergrübelte er seine Mutter nie gewesen, so heftig hatte sie nie gegen ihn gesprochen. Er fühlte aufs tiefste, daß er sie nicht zum Nachgeben bewegen würde; — und wie soll' ihm das erst bei seinem Vater gelingen!

Die Gründe, aus denen beide gegen eine solche Verbindung sein mußten, stellten sich ihm dar, und er war so sehr Bauer und Sohn seiner Eltern, daß er ihre Vernünftigkeit nicht bezweifelten konnte. Annemarie war die Tochter und Verwandte von Söldnersleuten, das heißt sie gehörte einem Stande an, über dem sich der Bauer ebenfalls ebenso erhaben fühlt wie der Adelige über dem Bürgerlichen. Der Bauer hat einen Hof mit Hans und Stadel und zusammengehörigen Feldgütern, er besitzt Rasse und Rindvieh in gehöriger Anzahl und hält sich Knechte und Mägde. Der Söldner hat nur ein Haus, wenige Grundstücke, kein Hof, höchstens einiges Vieh. Um sich besser durchzubringen, lernt er ein Handwerk und hilft dem Bauer bei der Ernte, wodurch geringere Söldnerfamilien zu gewissen Höfen in eine Art von Klientenverhältnis kommen. Daß der Bauer sich nun als zu einer höheren Menschengattung gehörig ansieht, ist beinahe so natürlich als das Bewußtsein des Aristokraten gegenüber dem Bürgerlichen. Das Vermögen ist freilich auch hier eine ausgleichende Macht, und wenn der Söldner empor, der Bauer heruntergekommen ist, so wird die Verbindung der Familien wieder möglich. Aber auch so kann sich der traditionelle Stolz noch wehren, und mir ist ein Fall bekannt, wo ein verfallener alter Bauer nur mit größter Mühe zu bewegen war, seinen Sohn eine wohlhabende Söldnerstochter heiraten zu lassen; indem er den Verwandten, die sie herausstrichen, immer wieder antwortete: „Es ist doch keine Bauerntochter!“ — Bei Ludwig und Annemarie kam zu diesem Verhältniss noch der große Unterschied des Vermögens, da sie kaum den achten Teil dessen hatten, was er nur vorläufig mitbekommen sollte; endlich die Anknüpfung mit Eva. — Der Kopf des jungen Menschen brannte, nachdem er alles überlegt hatte, und an seine Eltern denkend rief er mit Verzweiflung aus: „Sie tun's nicht, sie tun's nicht!“ (Fortsetzung folgt.)

heren Spenden sind dem Ausschuss zugeflossen, so 5000 Mk. von der Kinderhilfe, 1000 Mk. vom Schöpfungswort u. a. m. Freilich wächst auch das Arbeitsfeld von Jahr zu Jahr. Damit auch Lübecker Kinder auf mehrtägigen Ausflügen unsere eigenen Herbergen benutzen können, handelt es sich jetzt darum, auch in den Landgemeinden geeignete Räume zu finden. — Den Kassenericht gab Herr Werner die Einnahmen betragen 18 103,50 Mk., die Ausgaben 12 219,90 Mk., somit ein Kassendefizit von 6883,60 Mk. Der Antrag auf Auflösung des Lübecker Ausschusses und Bildung einer Ortsgruppe des Verbandes der deutschen Jugendherbergen, Gau Nordmark, wurde einstimmig angenommen. Die Einzel- und Vorpersönlichen Mitglieder, sowie die angeschlossenen Vereine sollen durch Rundschreiben hiervon benachrichtigt werden. Der Jahresbeitrag beträgt vorläufig für persönliche Mitgliedschaft 10 Mk., fürpersönliche 20 Mk., für Vereine 30 Mk. und für Bezirksverbände 100 Mk. — Der Vorstand wurde von drei auf sieben Personen erweitert. Nachdem der Vorsitzende die Maßregeln angefordert hatte, für die Ausschüttung der Mädchenherberge auf der Noedstraße Sorge zu tragen, schloß derselbe die Sitzung mit dem Wunsch, auch in diesem Jahre unermüdet für die Ausbreitung der Jugendherbergen tätig zu sein.

Die kulturelle Bedeutung der Feibesübungen für das deutsche Volk. Ueber dieses Thema sprach am Dienstagabend auf Einladung des Arbeiterparlaments der Vorsitzende der Zentralkommission für Sport und Körperpflege, W. L. Leipzig, im Arbeiter-Sportheim. Der Referent ging dabei vom Weltkriege aus und schilderte, daß das deutsche Volk körperlich wie geistlich durch den Krieg fast zugrunde gerichtet wäre. Auch einige Vorkommnisse unmittelbar nach dem Kriege warfen immer wieder die Frage auf: Was muß geschehen, um das geistig und körperlich kranke Volk wieder zu gesundem? Das wirksamste Mittel für den kulturellen Aufstieg des Volkes sei die Pflege der Leibesübungen. Letztere haben nicht nur große Einwirkung auf den Körper, sondern auch in erhöhtem Maße auf den Geist. Welche Sportarten sind nun die geeigneten, um diese Ziele zu erreichen? Jede sportliche Tätigkeit, die man ohne Zwang und mit Lust und Liebe ausübt. In erster Linie sind hier zu nennen: Turnen, Leichtathletik, Schwimmen, Rudern und Wandern. Zu warnen sei davon, den Sport zu überreiben, also Fanatiker zu werden. Die Auswirkungen sind dann sehr gefährlich und können leicht zu dauernden Schäden führen. Um nun aber die Körperpflege in der richtigen Weise ausüben zu können, ist es notwendig, daß uns vom Staat Spielplätze, Badeanstalten usw. zur Verfügung gestellt werden. Hier aber zeigt sich der Staat unvorständlicherweise immer wieder sehr zurückhaltend. Dasselbe sei auch bei einigen Volkssportarten der Fall. Zum Schluß ermahnte Genosse Bildung die Anwesenden, mit allen Kräften für die gute Sache einzutreten. Wir Arbeiter treiben Sport zur Kräftigung für den Daseinskampf, nicht aber, um einstmals wieder als Kanonensfutter zu dienen. — In der Aussprache ergriff der Vorsitzende des Amtes für Feibesübungen, Herr Ober-Reg.-Rat Dr. E. Stork, das Wort und sprach im Sinne des Referenten aus. Er erwähnte u. a., daß, bevor man für Theater Millionen ausgeben, das als Erhaltungsmittel des Geistes anzusehen sei, man zunächst Mittel bereitstellen sollte, um den kranken Volkörper gesund zu lassen, damit er auch annehmbare für Kunst sei. Genosse Göhr vertrat, mit ganzer Kraft in der Bürgerkammer für unsere Sache einzutreten. Er bedauerte, daß er bisher innerhalb seiner Fraktion nicht genügend Interesse für den Arbeiter-Sport gefunden habe.

Feiernasszulagen für die kaufmännischen und technischen Angestellten. Wie uns der Zentralverband der Angestellten mitteilt, ist nunmehr auch der neue Tarifvertrag für die kaufmännischen und technischen Angestellten in der Lübecker Industrie zum Abschluß gekommen. Danach treten für die Monate Februar und März folgende Erhöhungen ein:

	verheiratet	ledig
Angestellte über 25 Jahre	800 A	500 A
Angestellte von 20—25 Jahren	800 A	450 A
Angestellte unter 20 Jahren		350 A

Auf die tarifmäßigen Jahressummen (ohne Feiernasszulage) werden folgende Zuschläge gewährt:

a) Kaufmännische Angestellte.

Gruppe	Februar	März
Gruppe 1 und 5	7 1/2 Proz.	17 1/2 Proz.
Gruppe 2 und 3	10 Proz.	20 Proz.
Gruppe 4	12 1/2 Proz.	22 1/2 Proz.

b) Technische Angestellte.

Gruppe	Februar	März
Gruppe 1	7 1/2 Proz.	17 1/2 Proz.
Gruppe 2 und 3	10 Proz.	20 Proz.
Gruppe 4	12 1/2 Proz.	22 1/2 Proz.

c) Meister und Aufseher.

Gruppe	Februar	März
Gruppe 1a	7 1/2 Proz.	17 1/2 Proz.
Gruppe 1b, 1c und 2a	10 Proz.	20 Proz.
Gruppe 2b, 3 und 4	12 1/2 Proz.	22 1/2 Proz.

Umerkung: Bei Berechnung dieser Beträge werden die Sätze auf 5 Mk. nach oben abgerundet. Die Grenzprämien für die Arbeiter stellen sich wie folgt:

	Februar	März
nach 5jähriger Dienstzeit	90 A	100 A
nach 10jähriger Dienstzeit	135 A	150 A

Die für die technischen Angestellten, Scharzen, Gruppe 1, festgesetzte Verheiratszulage beläuft sich im

	Februar	März
auf	90 A	100 A

Die Gehälter der Angestellten werden betragen:

	Februar	März
im ersten Jahresjahre	255 A	275 A
im zweiten Jahresjahre	335 A	370 A
im dritten Jahresjahre	415 A	450 A

Die mit dem Lübecker Groß- und Kleinhandel abgeschlossenen neuen Beträge liegen ebenfalls vor und sind in der Geschäftsstelle, Behrensstraße 48 I, zu erhalten.

Zehnjährige für Steuerentrichtung und Kapitalertragsteuer werden demnächst eingeführt werden, um einen konformen und billigen Weg für die Abführung der Einkommen-, Umsatz-, Körperschafts- und Grunderwerbsteuer sowie der Kapitalertragsteuer für Sparbesitzer an die Finanz- und Steuerbehörden zu schaffen. Für Sachungsmasse bei diesen Käufen sind die Einkünfte auf der Rückseite mit einem Vorwand versehen worden, den der Abnehmer auszufüllen hat. Einen gleichen Vorwand, der ebenfalls auszufüllen ist, trägt die Rückseite des Bescheinigungsscheines. Durch Verrechnung des von der Postanstalt vorgelegenen Bescheinigungsscheines kann der Abnehmer der Poststelle die Entrichtung der Steuer jederzeit nachweisen. Damit die Kapitalertragsteuer für die am 1. April 1922 fälligen Sparbesitzer an die Finanzbehörden mit Sicherheit abgeführt werden kann, werden die Beträge schon vom 20. März ab bei den Postanstalten vorrätig gehalten werden. Die Einkünfte für die Entrichtung der Steuern werden am Ende März ab bei den Postanstalten abgegeben werden.

Die ersten Verhandlungen der Universitätsmode. Am Sonntag vormittags 11 1/2 Uhr wird die Universitätsmode feierlich eröffnet. Ueber das Thema der Wandel über Religion und Wissenschaft sprach, Sonntag nachmittags 10 Uhr, Professor Dr. H. O. Meyer über das Thema: Das ewige Weiblich in den letzten hundert Jahren; der Vortrag wird von dem Friseurverband, welche im letzten Jahrzehnt die Ausbildung der Friseurberufe tragen; von dem Arbeiter des öffentlichen und öffentlichen Kutschens, von den eigentlichen Köchen zur Erweiterung und Sicherung dieses Berufes und von dem Zusammenhang

zu dem heutigen britischen Imperium. Am Montagabend folgt der Vortrag von Geheimrat Harms über „die Weltwirtschaft der Gegenwart“.

Postüberwachung nach dem Auslande. Auslandszeitungen, ehemals fremdländischer Staaten haben in letzter Zeit wiederholt Nachrichten veröffentlicht, nach denen die zwischen Deutschland und dem Auslande gewechselten und die Deutschland durchlaufenden Briefen durch deutsche Behörden einer Überwachung und Erfassung unterworfen werden. Diese Nachrichten sind völlig aus der Luft gegriffen. In Deutschland werden nur die zwischen Deutschland und dem Auslande gewechselten Einschreib- und Wertbriefe auf Grund gesetzlicher Bestimmungen zur Verhinderung der Kapitalflucht von dem dem Reichsfinanzministerium unterstellten Postüberwachungsstellen geprüft. Eine weitere Briefüberwachung findet nicht statt. Dagegen sind wiederholt begründete Klagen darüber erhoben worden, daß zwischen dem unbesetzten Deutschland und dem Auslande gewechselte Briefe von den Belagungsbehörden geöffnet worden sind.

Die „Mittelschicht des deutschen Volkes“ hat in allen Orten des Reiches eine Bewegung entfacht, die sich der Not unserer Ältern annimmt. Da darf auch Lübeck nicht zurückbleiben. Unsere Ältern Leute hungern und darben. Sie haben durch die Entbehrungen der letzten Jahre ihre Arbeitskraft verloren und ihren letzten Sparsparfennig durch die Wertverminderung dahin schwinden lassen. Kraftlos und hilflos stehen sie heute in dem schweren Kampfe ums Dasein. Ganz besonders ist das bei unseren Stützpunkten der Fall. Senat und Bürgerkammer kennen die Notlage der nicht unter die Sozialversicherung fallenden Ältern sehr gut, aber die Hilfsmöglichkeiten sind auf das äußerste beschränkt. Nur die gegenseitige Hilfe der gesamten Einwohnerschaft kann hier helfen! Diese durch ein großes Sammelwerk zu ermöglichen, haben sich Angehörige aller Bevölkerungskreise in einem für Lübeck gebildeten Landesausschuß der Mittelschicht des deutschen Volkes in den Dienst dieser guten Sache gestellt. Sie bitten alle Lübecker Einwohner, die ein Scherflein für die Nächstenliebe und die Ehrfurcht vor dem Alter übrig haben, zu geben, was sie vermögen. Auch die kleinste Gabe wird dankbar entgegengenommen. Spenden werden von allen Lübecker Banken, und von der Geschäftsstelle der Altershilfe, Königstraße 19, angenommen.

Die letzten Bemühungen des Zentraltheaters in der Kopenhagener Straße, wirkungsvolle Filme zu erhalten, in denen Künstler von Ruf die Hauptrollen spielen, haben wirklichen Erfolg. Der Wiener Kunstfilm: „Wunde Herzen“, der noch bis Montag läuft, hat namentlich bei den Frauen alleseitigen Beifall gefunden. Der zweite Film: „Die schwarze Lou“ ist ein moderner Gesellschaftsroman, der bis in die verrufensten Viertel der Großstadt hineindringt. Die Berliner Zensur hatte scheinbar einen guten Tag bei der Vorprüfung, sonst wären wohl einige ansehnliche Szenen gestrichen worden. Die Ausstattung dieses neuesten Stückes der „Julia“-Filmgesellschaft, sowie die Photographie, sind besonders zu loben. Das Lustspiel: „Anna Bolan“ ist ein Film in Bumsdorf ist eine Satire auf die Kiesenfilme und deren Mitwirkenden und findet vielseitige Zustimmung.

Großes volkstümliches Konzert im Gewerkschaftshaus am Dienstag, dem 14. März. Nachdem die beiden letzten Konzerte ihres merkwürdigen Gehaltes und ihres klassischen Nummern wegen so großen Erfolg erzielt, bietet das Lübeckische Sinfonie- und Stadttheater-Orchester mit dem Lübeckischen Komponisten-Abend wieder einmal etwas Außerordentliches. Es zeigt bei vortrefflicher Zusammenstellung des Programms die musikalischen Schöpfungen von Lübeckern. Mit dem alten Rahmenmarck der Lübecker Vönerarbeit ansetzungen, führt uns das Programm durch ca. 120 Jahre hindurch. Gottfried Herrmann, Carl Grammann, Carl Eitel, Günter, Siemerz gehören zu den bereits verstorbenen Komponisten. Von den lebenden Rängern wird Herr Prof. Hofmeier und Konzertmeister Koelschewitz selbst dirigieren. Als Solisten wirken Konzertmeister Paul Krüger, Violine und Frau Seidel-Krüger, Barock. Zu Anfang des Konzertes wird der Vorstand des Orchesters einen kurzen erläuternden Vortrag halten.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw

Stadtheater. Sonntag nachmittags wird im Fremden-Abonnement „Die Fledermaus“ gegeben. Abends wird statt „Das Glöckchen des Eremiten“ „Tosca“ gegeben. In Vorbereitung befindet sich im Schauspiel: „Und Hippo tanzt“ von Gerh. Hauptmann, „Wilhelm Tell“ von Schiller; in der Oper: „Barbier von Bagdad“ von Cornelius, „Bruder Straubinger“, Operette von Edmund Geiler, und die Operette von Keller: „Der Vogelhändler“.

Hansa-Theater. Heute, Sonnabend, sowie Sonntag: Erstausführungen von „Prinzessin Olala“, Operette in 3 Akten von Jean Gilbert, die in Berlin und anderen Orten großen Erfolg errangen hat.

Der Biochemische Verein hält am 13. März im „Gewerkschaftshaus“ eine öffentliche Versammlung ab.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Der abgewiesene Generalstaatsanwalt z. D. Wegen einer Notiz im „Hamburger Echo“, in der der frühere Generalstaatsanwalt Dr. Schön gewisser Beziehungen zum Rapp-Busch bezichtigt worden war, hatte Herr Dr. Schön Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur des „Hamburger Echo“ gestellt. Der Staatsanwalt hatte die Erhebung der öffentlichen Anklage zurückgewiesen und den Herrn Generalstaatsanwalt z. D. auf den Weg der Privatklage verwiesen. Eine Beschwerde darüber war vom Generalstaatsanwalt Dr. Lang abgewiesen worden. Herr Dr. Schön versuchte nun den letzten Weg, seinen Willen durchzusetzen, und legte Beschwerde beim Oberlandesgericht ein. Man hat aber auch das Oberlandesgericht die Beschwerde des Herrn Dr. Schön abgewiesen.

Hamburg. Gegen die Reichsaußenhandelsstellen. Die Hamburger Bürgerschaft nahm im überwältigenden Mehrheit einen Antrag an, durch den der Senat ersucht wird, bei der Reichsregierung umgehend dahin vorstellig zu werden, daß die Reichsaußenhandelsstellen entweder sofort aufgehoben werden, oder, wenn dagegen zurzeit noch wesentliche Bedenken bestehen, die Zulassungskontrolle wenigstens in einer für den Handel erträglichen Form gehandhabt werde. Die Vertreter des Senats stellen sich ohne Einschränkung auf den Boden des Antrages.

Kiel. Die Erhöhung des Hafentarifs auf das Zehnjährige des Friedensjahres (angelegt das Drei- bis Vierfache der jetzigen Hafengebühren) wird vom Magistrat gemäß einer Eingabe unter Vertretern der größeren schleswig-holsteinischen Hafenstädte der Dase beantragt.

Kiel. Die Agrarier drohen mit dem Diebstahl. Jetzt haben auch Landwirte im Dithmarschen Protest gegen die Getreidemenge erhoben. In einer Entschließung heißt es zum Schluß: „Wir legen gegen eine weitere Getreide-Zwangswirtschaft ein das allergrößte Verwehrnis ein und fordern freien Handel auch in dieser Beziehung, widrigenfalls wir gezwungen zu den schärfsten Gegenmaßnahmen sind, und sei es ein Diebstahl, bereit sind.“ — Man sieht, daß die Agrarier mit allen Mitteln dafür streben, die Reste der Getreide-Zwangswirtschaft zu Fall zu bringen. Wenn dieses Ziel erreicht ist, dann haben wir die Weltmarktpreise für Getreide und zugleich eine Multiplikation der heutigen Getreidepreise. Wir können uns nicht denken, daß in der heutigen Zeit irgendeine Regierung dafür die Verantwortung übernehmen könnte.

Getreide. Durch einen explodierten Zünder getötet. Der gewaltige Schlag der Hitze trieb in Bredel, denn März 1915 im Jahre gefallen ist, spielte mit dem

Zünder eines Blindgängers, den der Vater des Knaben, als er auf Urlaub kam, mitgebracht haben soll. Der Zünder explodierte, wobei der Kleine so unglücklich getroffen wurde, daß der Tod eintrat.

Getreide. Beschlagnahme von Ringwaden. Die Kieler A. schreibt: In der Getreide-Bucht sind 4 Ringwaden beschlagnahmt worden, darunter befindet sich auch eine Erasmünder Wade. Den Grund der Beschlagnahme teilt das Blatt nicht mit.

Reudoburg. Großfeuer. Freitagabend brannte das große ungefähr 1000 Quadratmeter Fläche betragende und dem Militärstützpunkt gehörende Wionter-Ponton-Lagerhaus, das jetzt übermiegend an mehrere Unterebenen vermietet war, vollständig nieder. Ein Teil der in dem Gebäude lagernden Vorräte verbrannte, u. a. ein Lastkraftwagen der Verkehrsgesellschaft Nordmark. Der Schaden geht in die Millionen.

Bremen. Zur Maifeier. In der Bremer Bürgerschaft haben die Demokraten beantragt, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag abzuheben. Die Bremer Arbeiterkammer legt diesem Versuch, die Gruppeneigenschaften der Revolution zu zunichte zu machen, den schärfsten Widerstand entgegen. So haben die Buchdrucker bereits beschlossen, den 1. Mai durch Arbeit zu feiern. — Drohende Aussperrung im Baugewerbe. Die bürgerliche Presse berichtet: In einer Versammlung des Bundes der Baugewerkschaften wurde einstimmig beschlossen, den Bauarbeitern, sowie den Zimmerverban aufzufordern, die streikenden Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit auf den streikenden Baustellen zu veranlassen, oder diese mit anderen Arbeitern zu besetzen; widrigenfalls werden die Arbeitgeber ihre Betriebe am Dienstagabend schließen.

Odenburg. Große Ernährungsdebatte im Landtage. In der Sitzung am Donnerstag hielt der Ministerpräsident Tanzen eine bedeutungsvolle Rede über die Ernährung des deutschen Volkes mit Brot und Kartoffeln. Die Rede war die Antwort auf die von bäuerlicher Seite eingebrachte Interpellation wegen Aufhebung des Getreide-Umlageverfahrens. Tanzen wandte sich scharf gegen die Landwirte. Er bezeichnete die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln für verfehlt. Auch Brotgetreide müßte dem Volke zu nach oben begrenzten Preisen in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt werden. Die Landwirte seien zwar Eigentümer des Grund und Bodens, sie seien aber dafür auch verpflichtet, die Bevölkerung, ganz besonders die Industriearbeiterschaft mit Brot und Kartoffeln zu erträglichen Preisen zu versorgen. Diese Produkte auf den Weltmarktpreis bringen zu wollen, müsse zu einer wirtschaftlichen Katastrophe und zur politischen Gefahr führen. Wenn man Weltmarktpreise einführe, so müßte man den Arbeitern auch Weltmarktpreise geben. Die Preissteigerung der notwendigen Getreide- und Kartoffelmengen auf den Weltmarktpreis sei für die Landwirtschaft gar nicht erforderlich. Nach sorgfältiger Berechnung aller Umstände sei im Erntejahr 1922 ein Kartoffelpreis von 90 bis 100 Mark für die Landwirtschaft auf alle Fälle ausreichend. Der Ministerpräsident fand sehr scharfe Worte über den „Tanzen als goldene Kalb“, dem heute in unserer Wirtschaft mehr gehuldigt würde, wie je zuvor, ganz besonders auch in der Landwirtschaft. Er nannte die Bestrebungen der Landwirte nach absolut „freier Wirtschaft“ eine glatte Demagogie, denn sie erstreckten nur freie Wirtschaft, wenn höhere Preise damit verbunden wären. Diese ersten und nachdenklichen Worte Tanzens fanden bei den Landwirten nur ein schwaches Echo. Genosse Hug kennzeichnete die Preissteigerungen bei Aufhebung der Zwangswirtschaft und trat im Sinne Tanzens für das Umlageverfahren ein. Die Volkspartei schloß gänzlich. Tanzen hatte in durchschlagender Weise den Nur-Zwangswirtschaftsgegner das Konzept verborben. Der Landtag nahm dann von den vorliegenden Gesetzentwürfen u. a. an: Die Gemeindeordnung für Lübeck und Birkenfeld und das Gesetz über die Aufbauschulen.

Theater und Musik.

Stadttheater.

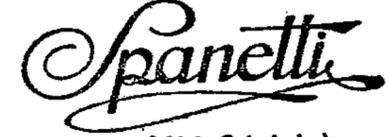
„Tosca“, Oper in 3 Akten von Puccini. Dieser Oper greuelvolle, abstoßende Handlung, die geradezu kinodramatisch anmutet, gehört mit zu den Schauerlichsten, was je Muster verdient haben. Mord, Selbstmord, Folter, Mätigkeit und Betrug sind die Ereignisse, die an den Nervensträngen der Zuhörer reißt, und die durch den Hebräer mit dem süßen, raffinierten Klangzucker Puccinischer Musik nicht viel von ihrem üblen Beigeschmack verlieren. Gewiß, diese Sensationen sind wirkungsvoll; zahlreiche Leute suchen sie, wie die vieler Aufführungen von „Tosca“ an deutschen und auswärtigen Bühnen beweisen. Doch zu einem wirklichen inneren Erlebnis, zur wahrhaften künstlerischen Erhebung ist das Werk nicht geeignet, trotz gelegentlicher blendender orchesterlicher Klangpracht. Die Ausführung am Freitag hatte Herr v. Bongardt langsam inszeniert; die Unterbrechung des Gesanges war vermieden, die Bühnenbilder geschmackvoll und der Sache angemessen. Dafür, daß Puccinis Musik zu ihrem Recht kam, sorgte Herr Kapellmeister Stiefel, der anscheinend für sie eine besondere Liebe empfindet. Fräul. Maillon sang die Tosca mit großer, seltener Stimme, nur etwas zu schwerfällig, zu wenig italienisch. Für den unglücklichen Maler Cavaradossi spielte Herr Heimerz seinen klangvollen Tenor erfolgreich ein. Das Scherzal Scarpia war Herr V. D. anvertraut, der damit eine starke Talentprobe gab. Das marigie kraftvolle Organ kam dabei vortrefflich zur Geltung. Lebhafter Beifall des fast ausverkauften Hauses lohnte alle Beteiligten.

Aus aller Welt.

Menschenjagd mit dem Auto. Auf der Landstraße bei Sellendorf in Schaumburg-Lippe wurde ein in den zwanziger Jahren lebender junger Mann von den Rastlosen eines Autos angehalten. Man warf ihm eine Schlinge über den Kopf und versuchte ihn ins Auto zu ziehen. Dem jungen Manne gelang es aber, die Schlinge zu lockern und zu flüchten. — Die Meldungen von „Verführungen“ für die französische Fremdenlegion und von verschundenen jungen Mädchen häufen sich in so erschreckendem Maße, daß in vielen Fällen gewalttätige Verschleppung als vorliegend angesehen werden kann.

Berzweiflungstat einer Mutter. Infolge eines Familienstreites hat, wie aus Schwwege gemeldet wird, in dem Dorf Bermuthsheim in Oberhessen die Ehefrau Matthias ihre beiden unermündigen Kinder und sich selbst ertränkt.

Eine mysteriöse Ehefragödie. Aus Eßlingen wird gemeldet: In der vergangenen Nacht wurde der Kaufmann Ernst Weintauf von einem Zug überfahren. Als der Hausbesitzer der Ehefrau von dem Vorfall Mitteilung machen wollte, fand er diese und das Kind des Ehepaars ebenfalls tot in der Wohnung vor. Der Mann hat offenbar zuerst seine Frau und das Kind erschossen und dann Selbstmord begangen.



die beste Milch-Schokolade

Das Testament des Seltensfabrikanten. Eine sonderbare letztwillige Verfügung hat der Industrielle Lupo Braunstein hinterlassen, der sich vor einigen Tagen bei Triest wegen finanzieller Schwierigkeiten den Tod gegeben hat. Er ordnete an, daß man ihn in seiner Fabrik aufbahren; sein Sarg solle auf einem aus Seltensstein erbauten Sockel ruhen. Als Schmuck solle er die Medaillen tragen, die Braunstein auf verschiedenen Ausstellungen mit sich geführt hat, sowie die italienische Fahne und das Banner von Triest. Im übrigen legte der Verstorbene seinem Nachfolger vor allem ans Herz, daß er seine Untergebenen gut behandeln möchte.

Sport.

Der Victoria-Sportplatz Dornbreite ist am Sonntag, dem 12. März die Kampfstätte interessanter Fußballwettkämpfe. Morgens 10 1/2 Uhr stehen sich im friedlichen Wettkampfe Vorwärts III-Victoria III gegenüber. Nachmittags 1 1/2 Uhr messen die 2. Mannschaften ihre Kräfte. Das Lokaltreffen ist das Spiel Vorwärts I-Victoria I. Dieses verspricht ein spannender Kampf zu werden, da beide Mannschaften sich in starker Aufstellung gegenüberstellen werden. Anfang des Spieles 3 Uhr. N. (14210)

Kad-30 Stärkungsmittel Radiofan

für werdende und stillende Mütter. Tausende und abertausende dankbarer Anerkennungen. Prospekt gratis. Ausführliche Broschüre über Mutterschaft, Kinderpflege usw. 2.- Mk.



das selbsttätige Waschmittel
von unerreichter Wasch- und Bleichkraft.
Macht die Wäsche frisch und duftig, wie auf dem Rasen gebleicht.
Wäscht mühelos, schnell und billig!

Alleinige Fabrikanten: **HENKEL & CIE., DÜSSELDORF,**
auch der „Henko“, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Brotkartenausgabe im Sandgebiet.

Die Ausgabe der Brotkarten für die Zeit vom 18. März bis 15. August 1922 in den Ortschaften Travemünde, Schlutup, Siems-Dänischburg, Rüdnitz-Herrenwgt, Moising-Genin, sowie in den Landgemeinden erfolgt in der Zeit vom Dienstag, den 14. bis Freitag, den 17. März 1922 während der Geschäftsstunden:

- In Travemünde: In der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde.
- Schlutup: In der amtlichen Geschäftsstelle.
- Moising-Genin: Im Schulhause nachmittags von 2-5 Uhr.
- Rüdnitz-Herrenwgt, Siems-Dänischburg: In den Volkzeibezirken.
- Niendorf: Im Schulhause.
- den Landgemeinden: Bei den Gemeindevorstehern.

Die Abholung hat zu erfolgen durch Verbraucher, deren Familienname anfängt mit den Buchstaben:

- A-F am Dienstag, den 14. März 1922
- G-L Mittwoch, den 15. März 1922
- M-R Donnerstag, den 16. März 1922
- S-Z Freitag, den 17. März 1922.

Bei der Abholung der Brotkarten ist der Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln vorzulegen. Kindern unter 12 Jahren werden die Karten nicht ausgedrückt.

Bei verspäteter Abholung der Karten wird eine Gebühr von Mk. 3.- für die Person erhoben.

Zur Beachtung.

- Die Brotkarten sind sorgfältig aufzubewahren. Für abhanden gekommene Brotkarten wird Ersatz nicht geleistet.
- Für Kinder unter einem Jahre werden bei der Ausgabe die entsprechenden Kinderbrotkarten ausgegeben.

Lübeck, den 10. März 1922. (14209)
Das Landesverwaltungsamt.

Färbe zu Hause

Kleider, Blusen, Tücher, Bänder, Strümpfe, Garne, Gardinen, Spitzen u.s.w., nur mit **Heitmann's Farben**

Bestbewährt Größte Auswahl

Andere Farben zurückweisen

Alleinige Fabrikanten: **Geb. Heitmann, Köln & Riga**

Zu beziehen durch: (14204)
Ferd. Kayser, Drog. Lübeck, Breite Str. 81,
Georg Knopp, Fortuna-Drogarie, Lübeck,
E. Kruse, Kreuz-Drogarie, Lübeck,
Apotheker Karl Mayer, Lübeck,
Maria Meinecke, Droge, z. Glocke, Lübeck,
Karl Nicol, Drogehandlg., Lübeck, Adierstr.

Geräucherte Bücklinge

Paul Lohrmann, 14255 Hundestr. 95.

+Magerkeit+

Schöne volle Körperformen durch unser „Negro“ Kraftpulver

in 6 bis 8 Wochen bis 80% Zunahme. Garant. unschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreib. Preis: Karton mit Gebr.-Anw. Mk. 20.— Porto extra.

Alleinige Niederlage: **Adler-Apotheke, Lübeck, Ob. Mengstr. 10. (14189)**

Edelmetallhaus „Hansa“

Kleiner Schragen 10.

Wir zahlen enorm hohe Preise für:

Gold Silber Platin

Gebisse

Gold. Uhren Brillanten

Für erwies. Teilnahme beim Verlust ungl. lieben Entschlafenen sagen allen u. Hrn. Senior Coers für die trostreichen Worte unserer besten Dank.

Aug. Maab u. Familie. (14213)

Blume f. Konfirmantin zu verk. Engelsgr. 77/2. (14216)

Zu verk. 2 Sehr. Anzüge, mittl. u. kl. Fig., 1 Kinder. 2 P. m. Glacehdich. (14208) Schwart. Allee 235.

1 S. Anz., f. n. u. J. D. u. v. 14260, Wakenismauer 112

Zu verk. hell. S. Meberg. (14252) Kahlförstr. 45a.

Kind-Klappstuhl u. Baulens Juli-Kartoff. a. verk. (14212) Schützenstr. 51 l.

J. v. Bettit. m. Witt. blauer Kinnereag. a. W. (14217) Brodesstr. 49.

1 rote Blüschgarn, Handnähmaschine, Küchenstrick, Rom. Gewerdesstr. 50, pr. 14178

3 Jungänger zu verkaufen. (14227) Wdh. Meierstr. 20.

Jungänger zu kaufen gesucht. Schwartau. (14228) Lübecker Str. 5.

Jungänger zu verkaufen. Stöckelsdorf. (14176) Vohstr. 34.

Feitel, Zugang, Futter, Schweine, 90-100 S. (Sch. Howe, Stöckelsdorf 23.

J. ff. gel. H. Haus, 3-5 J. m. Altid. Markt. Burg. Wohn. z. Lauch vorhd. Ang. m. Br. u. A 23 a. d. Exp

J. v. gt. Herr. u. Damen. (14242) Sassenstr. 16 a pr.

Stg. und Linges oder Kinderwagen gef. Ana. u. A 29 a. d. Exp. (14233)

Gerh. Ertzmash. get. Ang. A. 27 a. d. Exp. (14216)

Erta starke Himbeerpflanzen, gr. Sorte bill abzugeben. (14220) Fr. Stehens. Schönbröcker

Nebern. hme. Vazellen pfügen f. Rüdnitz u. Umgegend. Holst. Dvendsorf. (14256)

Sut-Liebe

Spezialfach: Herren- und Damen-Moden für Herren- und Damen-Moden

Aur Abnahme

(14192)

DER GUTE

P.O.P. JAMAICA-RUM

Vertreter: **Rudolf Pehm, Lübeck,** Mengstraße 46. (14188)

Nach längerem Leiden entschlief sanft meine liebe Frau, ungl. gute Schwester und Schwägerin

Agnes Podein geb. Mycon

im 55. Lebensjahr, tief betrauert von den Ihrigen.

Emil Podein. Lübeck, 9. März 1922. Gr. Niesau 14.

Trauerfeier am Dienstag, dem 14. März, 2 Uhr nachmittags in der Vorwerker Friedhofs-Kapelle. (14289)

Sozialdem. Verein.

Am Dienstag starb unter Genosse

Erwin Kenger Tischler.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung Montag, 13. d. M., nachm. 1 1/2 Uhr, Vorwerker Friedhof. (14250) Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verbd.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Am 8. März starb unter Mitglied, der Tischler (14287)

Erwin Kenger.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Montag, d. 13. März 1 1/2 Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhof, aus statt.

Abmarsch der Kollegen vom Lokale „Weiß. Dirsch“ mittags 1 Uhr.

Die Ortsverwaltung.

Nach langem schweren Leiden verstarb am 10. d. Mts. in Gannstatt unser lieber Sohn, Bruder und Schwager

Theo

im 34. Lebensjahre. In tiefem Schmerze seine Eltern. (14241) Carl Schreiber und Frau, geb. Loppentia, nebst all. Angehörig. und Bekannten.

Lübeck, den 10. März 1922, Untertrave 30. (14241)

Caumädchen aus- hilfs- weise 3-4 Woch. gesucht. (14261) Reichshauerstr. 56.

Maurergesellen stellen ein (14223) **H. Wandke & Sohn** Geibelplatz 21.

Ein Gefährlich zu verk. (14177) Gannstr. 115 III L

Gei. zu Ostern (14211) ein **Klempnerlehrling.** **Franz Stamer,** St. Annenstraße 18.

Stelle sofort. **10-15 Maurer** ein. (14257) **A. Fasel,** Baugeschäft, Traveltmannstr. 11.

Deffentliche Versteigerung im **Heiligen Geist-Hospital** Montag, d. 13. d. Mts. morgens 9 Uhr verkaufen wir die Nachlasssachen der verstorb. Hospitalisten meistbietend gegen Barzahlung: Möbel, Bettzeug, Leinwand, Uhren, Spiegel, Bilder, Kleidungsstücke, Küchengeräte u. a. (14229) **H. E. Koch u. Hans Koch** Tel. 2850.

öffentl. angelegte Auktionatoren u. Taxatoren für bewegl. Gegenstände. Auktionsbureau: Martesgrube 9 u. 11.

Silber-Einrahmungen **Oscar Tauchnitz,** Glasch. Fleischstr. 35. Fernr. 2868

Paul Levi: **Unser Weg.** Wider den Gutschlemme 4 Markt.

Buchhandlung Fr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Achtung, Sparklubs! **Sparkassen-Bücher** in übersichtlicher Aufmachung vorrätig in der **Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstr. 46.

Zahn-Praxis **W. Rylewsky** Breite Str. 7, Telefon 1253. Laboratorium sämtlicher zahntechn. Arbeiten, Umarbeiten schlecht sitzender Gebisse, Reparatur, etc. Auswärtige Patienten werden nach Möglichkeit an einem Tage fertigabehandelt. (14208)

Pa. chamois Fensterleder pr. Stück 18.-Mk. **Ferd. Kayser.** (14247)

10 Kilo Gold und Silber für Fabrikationszwecke zu kaufen gesucht. Jedes Quantum wird zu **Höchstpreisen** gekauft. (14282) **Constantin Porté** Goldschmiedemeister Breite Straße 25 und Fleischhauerstraße 26.

Privathandelskurse. Der Oberkursus beginnt am 20. April, der Unterkursus am 21. April **Karl Hinzpeter,** (14215) Mönckensgraben 5.

Asthma kann geheilt werden. Sprachstunden in Lübeck. Lindenstraße 3a (Hotel Dreieckshaus), jeden Freitag von 10 bis 1 Uhr. **Dr. med. Alberts.** Spezialarzt f. Asthmaleiden. (14179)

Lübecker Gemeinnützige Milchversorgung e. G. m. b. H. zu Lübeck.

Zurücklegung der Auszahlung der noch nicht abgeholt. Genossenschaftsanteile am Montag, dem 13. u. Dienstag, dem 14. März 1922, im **Gewerkschaftshaus,** Johannisstraße 52. (14258) Die Liquidatoren **Heise, Eckholdt, Merkel, Waldburger.**

Stoffe! Gelegenheitsstanz — so lange der Vorrat reicht. Große Auswahl u. alle Farben für Damen u. Herren. **la. blanc** Chemist, reine Wolle 145 Br., pr. Mtr. 240 Mk. (14201) **Fleischhauerstraße 71.**

Hochelegante Anzugstoffe (14207) in hell, blau und schwarz. Sämtliche Zutaten (Futterstoffe). **Tuchhaus R. & W. Edelhoft,** Stafel. Filiale: **Lübeck, Eg. Cohnberg 13.**

